

Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pannsch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse 6294 bis 6297. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Verkaufspreis: Monatlich 2,00 Mark, Abholer 1,80 Mark Einzelpreis 15 Pfennig, Sonntags 20 Pfennig.

Anzeigenpreise: Die 10gespaltene 27 Millimeter breite Nonpareilzeile brüchig 20 Pf., auswärts 30 Pf., Familienanzeigen und Stellengesuche 1 1/2 Pf., Vereinskalender 30 Pf., die dreigespaltene 20 Millimeter breite Reklamazeile brüchig 100 Pf., auswärts 150 Pf. Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Für Plagvorchriften keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postfachkonto Nr. 123 Magdeburg.

Nr. 47.

Magdeburg, Donnerstag den 25. Februar 1926.

37. Jahrgang.

Tschechischer Faschismus.

Unser tschechoslowakischer Korrespondent schreibt uns: Als die tschechoslowakische Republik gegründet wurde, suchten die in die Heimat zurückgekehrten Legionäre, es waren ihrer gegen 200 000, die aus Sibirien, aus Italien und Frankreich heimkehrten, eine Nebenregierung aufzurichten und mit Waffengewalt ihren Willen in allen entscheidenden Fragen durchzusetzen. Die Tschechoslowakei stand damals unter dem Terror der Legionärarmee und bot so als erster der Nachfolgestaaten jenes Bild, das wir später mit dem Namen „faszistisch“ qualifiziert hätten.

Der deutschen Bevölkerung des Staates sind in guter Erinnerung die Ueberfälle auf wehrlose deutsche Passanten in den Städten Ostböhmens, die Hinrichtungen der deutschen Demonstranten an dem blutigen 4. März 1919, die Jagd auf alles, was Deutsch sprach, in den Straßen von Aussig (damals wurde auch ein reichsdeutscher Staatsbürger ermordet), der Feuerüberfall der Legionäre auf einen Kinderfestzug in Leitmeritz, bei dem nur durch einen Zufall ein ungeheures Blutbad unter den 4- bis 14jährigen Kindern verhindert wurde.

Aber auch die tschechische Arbeiterschaft hatte alle Ursache, die Legionäre zu fürchten. Der Kommunistenführer Muna wurde von den Legionären

von Stadt zu Stadt gehetzt

und am Leben bedroht, der jetzt auf der äußersten Rechten der tschechischen Sozialdemokraten stehende Stivin, der sich Muna's annahm, konnte sich in einer stürmischen Versammlung nur dadurch vor den Kolben und Bajonetten der Legionäre retten, daß er sich hinter einem Klavier versteckte.

Die Legionäre wurden geschickt zerstreut und als Armee entwaffnet, so daß ihre Wirksamkeit bald aufhörte. Die berüchtigten Denkmalsürme, wie der Sturz des bekannten Meznerschens Joseph-Denkmal in Teplitz-Schönau, beschlossen die ruhmvolle Tätigkeit der entfesselten Soldateska. Heute ist die Legionärgemeinde und ihr Organ, das „Narodni opobozeni“ (Nationale Befreiung) Vorkämpfer des nationalen Ausgleichs und einer demokratischen Politik. Stivin, den man seinerzeit als „holschevitsch kra“ (Holschewitsch-König) verfolgte, ist jetzt der begeisterte Verteidiger der nationalen Koalition und aller ihrer Begleiterscheinungen.

Als der italienische Faschismus mit dem Marsch auf Rom zu weltgeschichtlicher Bedeutung kam, fand er im tschechischen Volke Widerhall. Welche nationalistische Bewegung hätte in diesem jungen und sich an der nationalistischen Phrase so gern berauschenden Volke nicht Widerhall gefunden? Man gründete zwei Organisationen, die „Cervenobily“ (die Rot-Weißen) und die „Narodni hnutí“ (Nationale Bewegung), die in ihren Programmen und Symbolen den italienischen Faschismus bis auf Kleinigkeiten nachahmten. Noch heute kann man in den Straßen Prags gelegentlich

Gruppen von Schwarzhemden sehen,

die man auf den ersten Blick für Gäste aus dem Süden hält, bei näherem Hinsehen aber als die Giovinezza der Prager Vorstädte sicherstellt. Es war den Behörden sehr unangenehm, daß ausgerechnet während der letzten großen Prager Messe ein Trupp solcher rotweißer Faschisten sich im Deutschen Haus in Prag einstellte und dort eine Kauferei inszenierte.

Die Faschisten verblieben übrigens organisatorisch im Rahmen der nationaldemokratischen Partei, ihr Führer Sis war Abgeordneter dieser Koalitionspartei und die tschechischen Sozialdemokraten genossen die zweifelhafte Ehre, mit einer halbfaszistischen Partei in einer Regierung zu sitzen. Das Organ der reinfaszistischen Abteilung der Nationaldemokraten ist der „28. Oktober“, der sein besonderes Augenmerk der Verbreitung von Latarennachrichten über „deutsche Provokationen“ widmet. Wirklich gefährlich ist diese Bewegung bis heute nicht geworden.

Andererseits sah die Sache schon aus, als der Hauptling der Nationaldemokraten, der berüchtigte Kramarich selbst mit dem Faschismus zu drohen begann. Vor etwa zwei Jahren ließ er eine Reihe von Versammlungsreden los, in denen er Mussolini anpries, die Segnungen des Faschismus erörterte, mit allen Phrasen des Duce aufwartete, nach der „starken Hand“ rief und mit nicht zu mißdeutenden Anspielungen gegen das „Philosophenregime“ Masaryks zu Felde zog. Je mehr die parlamentarische Macht der Nationaldemokraten dahin schwand, desto mehr fühlte sich Kramarich berufen, an außerparlamentarische Machtmittel zu appellieren. Die Spaltung seiner Partei, die Niederlage bei den letzten Wahlen haben ihm einigermassen die Lust und den Mut zu gefährlichen Experimenten genommen. Wenn ein anderer ihm keine Hand reicht, so wird er jederzeit bereit sein, offen

die Diktatur zu proklamieren.

Weitaus gefährlicher ist die faszistische Richtung in der großen Agrarpartei des Ministerpräsidenten Schwela. Die Agrarier haben vor einem Jahre die ländlichen Sozialvereine (Zurnvereine) unter ihre Oberhoheit gebracht und ihnen eine Art Kavallerie, eine bewaffnete Organisation der Großbauern, angeschlossen, die anfangs nur bei festlichen Aufzügen in Aktion trat, bei den Wahlen aber auf den Dörfern einen unerhörten Terror gegen alle andern Parteien entfaltete. Es kam zu blutigen Zusammenstößen. In Ostböhmen mußte man gegen hundert Bauern wegen Brandstiftung gefangensehen, weil sie auf das Gerücht hin, die Kommunisten hätten Terrortruppen ausgerüstet, die den Besitz der Bauern niederbrennen sollten, das Niederbrennen gleich selbst bejogt hatten, nicht ohne vorher ihre Versicherungsprämien zu erhöhen. Dabei funktionierte das Verleumdungssystem der Behörden so gut, daß nur wenig in die Presse drang. Als das kommunistische „Rude právo“ und der deutschsozialdemokratische „Sozialdemokrat“ Enthüllungen brachten, versetzten sie der sofortigen Konfiskation.

Hier haben wir bereits faszistische Methoden, die sich mit den italienischen schon vergleichen lassen, wenn sie auch den Vergleich noch nicht bestehen. Jedenfalls ist der Terror der tschechischen Agrarier auf dem flachen Lande heute schon unerträglich, ihre Sozial- und Kavallerie-Abteilungen sind eine ernste Gefahr für die Demokratie. Aber, gibt es denn überhaupt noch eine Demokratie, die gefährdet werden kann? Sicher könnte sehr viel noch schlechter werden, als es heute ist. Im Prinzip aber besteht der Faschismus längst und nur die äußere Hülle des Staates ist noch demokratisch.

Denn ein Wahlrecht, mit dem man die Stimmen oppositioneller Parteien in regierungstreue verwandeln kann, das aus einer Minderheit von 149 oder 300 eine Mehrheit von 159 hervorzubringen kann, ist bereits faszistisch. Es unterscheidet sich nur dem Grade und nicht der Qualität nach von dem Wahlrecht Mussolinis. Eine Regierungskoalition, die sich

zur bloßen Abstimmungsmaschine erniedrigt

hat und lediglich das ausführt, was die fünf oder jetzt sechs Männer des geschäftsführenden Ausschusses beschließen, die auf jede Besprechung selbst lebensnotwendiger Fragen im Plenum des Hauses, auf jede Beratung der Gesetze in den Ausschüssen widerstandslos verzichtet, die bei einer Staatsberatung einen Redner auf die Tribüne schießt, der dort Zeitungsartikel vorliest, die sich nicht schämt, wenn bei einer Abstimmung über den Voranschlag im Parlament ganze sechs Abgeordnete anwesend sind, so daß der Präsident einfach zusperrern muß, eine solche Regierungsmehrheit ähnelt doch verflucht den Mamelucken des Mussolini.

Oder nehmen wir die Art der Behandlung der Opposition. Vor kurzem hat man die Tatsache, daß die Opposition seit den Wahlen von 117 auf 140 angewachsen ist, damit quittiert, daß man die Parlamentswoche um das Fünffache, nämlich auf die Stärke von 100 Mann schon uniformierter Schergen der Demokratie erhöhte. Man ist also entschlossen, nach wie vor gegen rebellierende Fraktionen mit Brachialgewalt einzuschreiten.

Wie man Anträge der Opposition behandelt, zeigt ein Fall, der in den letzten Wochen viel Aufsehen erregte. Die deutschen Sozialdemokraten hatten einen von 134 Abgeordneten und 68 Senatoren unterschriebenen Antrag auf Einberufung des Parlaments eingebracht. Schwela, dessen Regierung ja nicht sehr fest ist, hatte die Kammern vor Weihnachten auf Ferien geschickt und dachte nicht daran, sie einzuberufen. Es regiert sich ohne Parlament viel schöner, und während im Ministerrat und in der Scheska über die Gehaltsgesetze der Staatsbeamten, über neue Steuern und Zölle, über die Erhöhung der Staatsbezüge der Geistlichen, über die Anerkennung Sowjetrußlands und eine Reihe anderer Dinge, die immerhin Sache der Allgemeinheit wären, beraten und entschieden wurde, ließ man die Abgeordneten daheim sitzen.

Die parlamentslose Zeit benutzte Schwela zur Herausgabe der Durchführungsverordnung zum Sprachengesetz. Er hatte nicht nur einmal versprochen, die Bestimmungen parlamentarisch beraten und auf deutsche Einwendungen hören zu wollen. Nichts von alledem geschah. Eines Tages waren die hundert Paragraphen der Verordnung da, kein Parlament, kein deutscher Volksvertreter hatte sie vorher auch nur gesehen.

Das Sprachengesetz

gibt den Beamten die Handhabe zu unerhörten Repräsentationen. Eingaben können zurückgestellt werden, auch wenn der Termin dadurch verfällt, die Parteien können gezwungen werden, sich einen Dolmetsch oder einen tschechischen Anwalt zu nehmen, der Prozeß- und Instanzenweg ist mit einer Masse kunstvoller Fallstricken besetzt, die jeden, der ihn beschreitet, fangen können. In den kleinsten Orten kann ein einziger Tscheche die deutsche Ortsvertretung plagen und terrorisieren, die deutschen Gemeinden sind jeder Autonomie beraubt, der Bürgermeister von Reichenberg und seine Stellvertreter zum Beispiel werden künftig die tschechische Sprache „vollständig beherrschen“ müssen, der Deutsche hat nirgends irgendetwas, der Tscheche überall jedes Recht, ein Paraglyphen-Besitz, daß alle öffentlichen Ankündigungen zuerst in der Staatsprache stattfinden müssen, was zu den gewaltigsten Auslegungen führen kann, etwa auch zu der, daß Zeitungen nur dann erscheinen dürfen, wenn sie auch tschechisch gedruckt sind.

Nimmt man zu diesen Einzelheiten auf innerpolitischem Gebiet ähnliche Merkmale aus der Politik des Herrn Benesch, so die Tatsache, daß über die Anerkennung Sowjetrußlands allein vom Tisch des Ministers aus entschieden wird, daß es heute heißt, die Anerkennung werde in den nächsten Stunden erfolgen und morgen scheidet gerüchtweise durch, die Anerkennung sei verschoben, oder den Plan eines Konkordats mit Rom, über das ebenfalls nur der Minister entscheidet, dann rundet sich wohl das Bild dieser „demokratischen Republik“ zu dem eines im Prinzip heute schon faszistischen Staates.

E. F.

Selbstschutz in Belgien.

Die Reaktion in Belgien kann es nicht verschmerzen, daß die demokratisch-sozialistische Regierung fest am Ruder bleibt. Das ist die Erklärung dafür, daß in letzter Zeit der Faschismus in Belgien immer mehr und sich greift. Täglich schießen neue faszistische Organisationen aus dem Boden. Neuerdings haben sie zur Gründung verschiedener Militärverbände gegriffen mit dem ausgesprochenen Zweck, unter Umständen die Macht mit Gewalt an sich zu reißen. Das geschieht unter dem Weisfall eines großen Teils der bürgerlichen Presse.

Dieses Gebaren ist der Arbeiterpartei, die sich ihrer Macht bewußt ist, endlich zu hant geworden. Am Dienstag wurde in einer gemeinsamen Vorstandssitzung der Partei und der Gewerkschaften beschlossen, eine mächtige Selbstschutzorganisation, wesentlich nach dem Muster des österreichischen Selbstschutzes, zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten ins Leben zu rufen. Zunächst sollen 25 000 Mann aufgestellt werden, eingeteilt in 160 Sondereinheiten und 9000 Mann zu besonderen Verwendung. Außerdem ist für den Bedarfsfall eine Generalmobilisierung von mehreren hunderttausend Mann vorgesehen.

Dieser Selbstschutz wird unter fachkundiger Zentraleitung stehen. Interessant wird es sein, die Wirkung dieser Gründung auf das Bürgerturn zu beobachten. Es wird wohl sehr schnell nummehr den Unterschied zwischen Spielerei und Ernst lernen, so daß es nicht wunder zu nehmen braucht, wenn das faszistische Maulaufreißen fortan wesentlich gedämpft wird.

Kronzeugen des Staatsanwaltes.

Der Reichsbannerprozeß von Grebesmühlen hat in der vor dem Schweriner Landgericht eingeleiteten Verurteilung ein ganz neues Bild von den Zusammenhängen entrollt, die zu dem bedauerlichen Zusammenstoß in Grebesmühlen geführt haben. Vor allem den beiden Verteidigern, den Magdeburger Rechtsanwälten Braun und Daerensprung, ist es zu danken, daß dem Bestreben der Staatsanwaltschaft, auch in der zweiten Instanz die Reichsbannerleute als die einzigen Schuldigen hinzustellen, ein Damm entgegen gesetzt wurde. Es sind diesmal nicht allein die Belastungszeugen, sondern auch in ausgiebigem Maße die Entlastungszeugen gehört worden.

Was von den Belastungszeugen zu halten ist, ergibt sich am deutlichsten aus der Vernehmung des Kobbacher Michaeßki und des Frontmannes Riede. Michaeßki erklärte, daß er der Kobbacherorganisation nicht mehr angehört, „weil er nicht mehr mit ihr zu tun haben will und eingesehen hat, daß es keinen Zweck hat, dieser Organi-

fallon anzugehören. Im übrigen versuchte er, seine rasche Befreiung durch eine Schimpfkanonade auf seine ehemaligen Gefinnungsfreunde zu verdecken.

Der zweite Kronzeuge K l e d e war zur Zeit des Grevesmühlener Zusammenstoßes Bezirksleiter des völkischen „Frontbannes“ in Grevesmühlener Bezirk. Treuherrlich versichert er, daß er es als seine Pflicht betrachtet habe, sich in das Reichsbanner einzuschleichen, um „Material“ gegen die verhasste Organisation zu sammeln. Die Verlesung seines Strafregisters ergibt, daß er bereits wegen Betrugs, Unterschlagung, Urkundenfälschung, Diebstahls und andern mehr neunmal vorbestraft ist und bereits 9 Monate Gefängnis wegen Verrats militärischer Geheimnisse abgeessen hat. Auch zu der gegenwärtigen Verhandlung mußte der nationale Kronzeuge der Staatsanwaltschaft aus dem Gefängnis vorgeführt werden. K l e d e gibt ferner zu, daß er an jenem Sonntag in einem Gespräch mit einem Reichsbannermann diesem versichert hat, daß die Hockbacher hundertmal besser bewaffnet seien als die Reichsbannerleute.

Wenn auch die Aussagen der Belastungszeugen wie durch eine unsichtbare Hand im großen und ganzen zurechtgerichtet erscheinen und im allgemeinen übereinstimmen, gehen sie in wichtigen Einzelheiten weit auseinander. Die Hockbacher standen in jener Nacht, wie genau festgestellt wurde, auf engem Raum in einem geschlossenen Krupp zusammen und trotzdem will der eine von ihnen einen Schuß, der andre zwei oder drei, der dritte mehr Schüsse gehört haben. Hier greift der Staatsanwalt durch Suggestivfragen ein, um die Zahl der Schüsse möglichst zu erhöhen und das Reichsbanner zu belasten. Erfreulicherweise tritt der Vorsitzende dem Versuch entgegen.

Weiter fördert die Beweisaufnahme auf dem Tisch des Gerichts ein förmliches Waffenlager zutage, das alle die „kleinen Dinger“ der Hockbacher, ihre Pistolen und Flaubertstutzen enthält, mit denen sie in der Malzfabrik in Grevesmühle Schießübungen abzuhalten pflegten. Die Schießgewehre sind etwa 1,25 Meter lang. Das Kaliber beträgt 7,7 Millimeter.

Die dem Reichsbanner nahestehenden Entlastungszeugen machen einen gekehrten und höchst vernünftigen Eindruck. Ihre Aussagen sind nicht „auswendig gelernt“ und von höherer Stelle angeordnet. So bricht unter ihrem mit dem Stempel der Wahrheit vorgetragene Zeugnis das ganze Anlagegebäude der Staatsanwaltschaft immer mehr zusammen. Sie berichten vor allem über den Terror, den die Hockbacher in der Grevesmühlener Gegend ausübten. Ein Zeuge aus den Kreisen des Reichsbanners schildert, wie er seit Monaten ständig bedroht und wiederholt überfallen wurde. Die Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Mecklenburg sei lediglich ein Akt der Rache gegen die fortgesetzten Übergriffe der völkischen Kampfverbände gewesen. Als der Staatsanwalt an Hand von Aufzügen, Zeitungsankündigungen und unkontrollierbaren Gerüchten das Reichsbanner als eine blutdürstige, staatsfeindliche Kampforganisation hinzustellen sich müht, beantragt die Verteidigung die Ladung des Bundesvorsitzenden Oberpräsidenten Göring zur Darlegung der Ziele des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

Die Beweisaufnahme ergab fernerhin, daß in der Nacht des bekannten Zusammenstoßes die völkischen Verbände auf Befehl ihrer Offiziere in geschlossenen Kolonnen anrückten und den Auftrag besaßen, jedes Mitglied des Reichsbanners anzugreifen und niederzuschlagen.

Je länger sich die Verurteilungsverhandlung hinzieht, desto vernünftiger wird sie für die Methoden der Staatsanwaltschaft, für die Amtsführung der mecklenburgischen Polizei und schließlich für die Urteilsfällung des Grevesmühlener Landgerichts in der ersten Instanz.

Der Ankläger als Verteidiger.

Der siebente Tag des Grevesmühlener Reichsbannerprozesses beginnt auf Antrag des Staatsanwalts mit der Verlesung zweier Urteile, die das Reichsbanner belasten sollen. Rechtsanwalt D a r e n s p r u n g verlangt ebenfalls die Verlesung einiger Urteile, die gegen Böllische ergangen sind, da es notwendig sei, Licht und Schatten gleichmäßig zu verteilen.

Dann wird mit der Zeugenvernehmung fortgefahren. Der Zeuge S o l t o w sagt aus, daß Leutnant Friede die völkischen habe antreten lassen und ihnen Befehle habe, die Straße abzusperrten und niemand hindurchzulassen, aber auch nicht zurückzugehen. Die Zeugin G h l e r s hat eine kleine Frau bei einem am Boden Liegenden gesehen, daß es aber Frau S c h m e d e m a n n war, kann auch sie nicht mit Bestimmtheit sagen. Als die Vernehmung des Gendarmeriekommissars M a r t i a u s beginnt, legt die Verteidigung Wert darauf, daß die verschiedenen Unstimmigkeiten zwischen seinen ersten Notizen bei der Vernehmung und dem darauffolgenden Bericht festgestellt werden. Nach einer ziemlich lebhaften Auseinandersetzung erklärt Rechtsanwalt D r a u n seitens der Verteidigung, daß er dagegen protestiere, daß der Staatsanwalt dauernd mit Sagen arbeite, die ihm aus seiner amtlichen Tätigkeit in Grevesmühlener bekannt seien, aber nur mit solchen, die die Angeklagten bzw. das Reichsbanner belasten.

Bei der Vernehmung des Zeugen W e s t p h a l traten einige sehr bezeichnende Momente ans Tageslicht. Der Zeuge war etwa sechs Wochen vor dem Zusammenstoß im Dezember von Böllischen überfallen und durch eine Stichwunde an der Schulter verletzt worden und hatte außerdem mit einem Gummischlauch, in dem sich ein eiserner Bolzen befand, einen Schlag über den Kopf erhalten. Die Täter waren die als Zeugen anwesenden völkischen D a n n e r und S o l t o w, die die Aussage hierüber berweigern. Polizeiwachtmeister K o l l m o r g e n führte die beiden ab und ließ sie am Sonntag durch den Stadtfestakt K e l l e n t i n n e r n e h m e n. Westphal hat über diesen Vorfall Anzeige erstattet und auf Befragen geantwortet, er wolle, daß die Täter strafrechtlich verfolgt würden. Damit war aber der Vorfall erledigt. Eine Bestrafung ist aber bisher nicht erfolgt.

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß am Freitag keine Sitzung stattfindet, da gesetzlicher Feiertag in Mecklenburg ist und er den Sonnabend als Ruhetag benutzen möchte.

Die Tragödie der thüringischen Justiz

In der deutschen Öffentlichkeit dürfte die thüringische Justiz durch den Charakter und den Ausgang der von ihr seit nahezu zwei Jahren geführten politischen Strafprozesse zu einer bösen Karikatur geworden sein. Sie ist aber viel mehr: sie ist eine Tragödie! Man muß mitten in den Dingen stehen, um die ungeheure Gefahr erkennen zu können, die sich auftrifft in dem politischen Mißbrauch der Justiz, wie er in Thüringen seit dem Antritt des bürgerlichen „Ordnungsregiments“ gang und gäbe ist. Immer handelt es sich — und das ist ein Schicksal — bei den schweren Mißstellungen der Rechtspflege um die Staatsanwaltschaft als den schuldigen Teil; denn die Gerichte haben — so in den Prozessen gegen den früheren Staatsminister Hermann und in dem Meinheitsprozeß gegen den früheren Staatspräsidenten L o e b — die von der Staatsanwaltschaft erhobenen Anklagen als ungerechtfertigt abgekan und die Angeklagten freigesprochen.

Aber in dem Zustandekommen dieser und anderer Anklagen überhaupt liegt der politische Mißbrauch der Justiz in Thüringen. Die Staatsanwaltschaft — besonders die in Weimar — ist zu politischen Tendenzprozessen mißbraucht worden, bis dann vor Monaten — anlässlich des Meinheitsprozesses gegen L o e b — der Chef der Staatsanwaltschaft in Weimar offen gegen die Regierung rebellierte und danach schwere Anklagen gegen sie erhob.

Nun hat sich in den vergangenen Tagen eine neue unerhörte Beeinflussung der Justiz offenbart, die wohl so ziemlich das Schlimmste ist, was sich ausdenken läßt. In dem Verfahren gegen den früheren Leiter des Landesstrafamts W o r d h, der wie Hermann und L o e b Sozialdemokrat ist, hat der Erste Staatsanwalt in Rudolstadt von einer Anklage aus § 343 Strafgesetzbuch (Mißbrauch der Amtsgewalt) in einem Bericht an das thüringische Justizministerium a b g e r a t e t, weil sich die Anklage keinesfalls stützen lasse. Das Justizministerium gibt die Akten an das Innenmini-

sterium weiter. Hier stellt man einen Bericht an das Justizministerium her, in dem betont wird, daß sich der Tatbestand des § 343 in objektiver und subjektiver Hinsicht sehr wohl beibringen lasse.

Auf Grund dieses Berichts des Innenministeriums erteilt das Justizministerium dem Ersten Staatsanwalt in Rudolstadt kurzerhand die Anweisung zur Eröffnung des Verfahrens gegen W o r d h. In der ersten Instanz wurde W o r d h dann auch von einem Gericht, dessen Vorsitzender ein aktiver Stahlhelmer ist, zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt.

Man fragt sich, welches Interesse hätte das thüringische Innenministerium an dem Verfahren gegen W o r d h? Staatsrechtliche Momente lagen keinesfalls vor, zumal die unter Anklage gestellten Vorgänge zurzeit über 28 Monate zurückliegen. Die Erklärung liegt hier:

Der thüringische Innenminister Dr. S a t t l e r hat den Regierungsrat W o r d h in den Wartestand versetzt und war später — vor Einleitung des Verfahrens wegen Amtsverbrechens — mehrfacher Prozeßgegner von W o r d h. So hat in einem Beleidigungsprozeß, den W o r d h gegen den Minister angestrengt hatte, Dr. S a t t l e r in einen nicht gerade rühmlichen Vergleich eingehen müssen, um der Verurteilung zu entgehen.

Der Gehilfe des Innenministers ist der jetzige Leiter des Landesstrafamts, der Oberregierungsrat M i t s c h. Auch er ist in den letzten Jahren mehrfacher Prozeßgegner von W o r d h gewesen. Es schwebt zurzeit noch ein Beleidigungsprozeß. Dieser Mann hat die polizeilichen Ermittlungen gegen W o r d h geführt und er ist an dem Bericht an das Justizministerium, in dessen Verfolg die Anweisung an den Staatsanwalt in Rudolstadt erging, nicht unbeteiligt.

Das sind die Motive der politischen Prozesse in Thüringen, bei denen mit der Zeit der letzte Rest von Vertrauen zu ihren Urhebern sowohl als auch zur Justiz selbst schwinden muß.

Der Gipfel der Frechheit.

Aus M i t t e l h a u s e n in Thüringen wird dem „Vorwärts“ geschrieben:

Das Archiv der Stadt Mühlhausen besitzt eine große Reihe von Handschriften mittelalterlicher Kaiser. Kürzlich schrieb ein kaisertreuer Bürger, dem einfiel, daß das Archiv von Wilhelm II. noch keine Unterschrift besitzt, dem Schloßherrn von Doorn und bat ihn, dem Archiv ein paar Zeilen seiner Hand zugehen zu lassen. Dieser Bitte entsprach der ehemalige Kaiser, zumal ihm gerade aus Mühlhausen alljährlich zum Geburtstag eine lange Glückwunschliste zugeht, deren Unterschriften ein Amtsgerichtsrat regelmäßig sammelt. Der Bittsteller empfing folgendes mit Tintenstift allerhöchst eigenhändig geschriebenes Willitt:

(Wappen.)
Die Demokratie zeichnet sich durch unerfäßliche Gier nach Reichthümern und materiellen Dingen aus unter Vernachlässigung alles übrigen um des Geldes willen. (Plato).
Doorn, 17. Januar 1926. Wilhelm I. R.

Man weiß nicht, worüber man mehr staunen soll: über die Dreistigkeit, mit der hier ein Wort Platons, unrichtig übersetzt und aus dem Zusammenhang gerissen, mißbraucht wird, oder über die Selbstironie, mit der in der Zeit unerfäßlicher Gier der Fürstenerforderungen (an der vordersten Spitze die Hohenzollern) der Demokratie dieser Vorwurf gemacht wird. Der kaisertreue Mühlhäuser stellte dem Mühlhäuser Archiv das Blatt zur Verfügung, und der Stadtrat wird demnächst darüber entscheiden, ob das allerhöchste Handschreiben in Schaufasten des Archivs auszustellen oder, wie von der Linken gefordert wird, dem kaiserlichen Flüchtling mit höflichem Danke nach Doorn zurückzugeben ist.

Stadttheater.

In einem größeren Langprogramm stellte sich am Dienstag die neue Ballettmeisterin Edith Bielefeld dem Publikum dar. — Wir hatten schon oft bemerkt, daß eine große Bühne, wie unser Stadttheater, an den Reizen des Amstättens nicht vorübergehen dürfe, und daß das alte Gesangsensemble der Amstättens der Zeit nicht mehr genüge. Wie der technische Apparat verbessert werden mußte, wie man sich zur Verwendung moderner Beleuchtungsmittel entschließen mußte, so war es ein- und die Forderung der zeitgemäßen Theaterästhetik, auch die Höhe des Bühnensanges nach den neuen Gesichtspunkten zu orientieren.

Eine Ballettmeisterin soll nun nicht nur eine tüchtige Sängerin sein, sie muß auch bei allen Dingen pädagogische Begabung mitbringen, und so mehr, als sie bei uns ein im Langzeit zurückgebliebenes Ballettensemble vorzuführen hat. — Edith Bielefeld hatte deshalb auch ein Programm zusammengestellt, das sowohl ihre individuelle wie ihre erzieherische Eigenart bezeugen konnte. Man sah vielerlei, aus alten Gezeiten des Theaters, und was man sah, war gut. Wenn man herantritt, daß die neue Meisterin in der kurzen Zeit ihrer Tätigkeit in Magdeburg noch nicht alle Mängel der alten Schule korrigiert haben kann, so darf man für die Zukunft das Beste von ihr hoffen.

Daß die Bielefeld keine Silberpflaume ist, wurde daraus klar, daß sie in einem Reberio von Donizetti einen veritablen Spitzbogen besaß. (Sehr sauber und geschickt durchgeführt von E. A. Kroyer-Straß, G. H. H. und W. H. H. H.) Das alte Ballettensemble nahm sich in der Verbindung mit den Verbesserungen des modernen Bühnensanges ganz schön und sorgfältig an: die heute fast verpönten Zersplitterungen kamen zu neuen Ehren. — In dem Reberio von Donizetti war man bei der neuen Meisterin selbst. Bei ihr ist jeder Schritt Tanz, jede Handbewegung Kunst, jede Bewegung des schmalen Leibes Harmonie. In die Stelle des alten Gesanges tritt die Klarheit der jeden Reiz und Spitzbogen zeigt sie natürliche Reizbarkeit und Gelassenheit des Körpers. Die Reizbarkeit ist es ihrem Tanz und Schrittzug wichtiger zu sein. — Aber noch wichtiger erscheint uns ihr Stilgefühl, das sich nicht nur in der choreographischen Regie, sondern auch in der von ihr selbst entworfenen Kostümen ausdrückt. In dem Reberio trat sie ein herrlich prächtiges blaues Gewand, das in jedem Augenblick den ersten Blick des Betrachters anlockt und fesselt. Das Abagio der Regie besaß sie in einem Grade, aber gleichzeitig fehlte ihr in keinem Zeitpunkt die feine, feine, feine Feinheit. Das vornehmste

Wohlwille Kostüm zu der Chaconne von Durand gab ihre prächtige, volle Gestalt frei, wie der leichtfertige Rhythmus der Musik den Körper frei machte. In dem Step (Blüchli) (zu einer komischen Schlagermusik) hatte sie sich amerikanisiert: weite karierte Hosen und ein großer Zylinder erinnerten an die Gestalten der Grotteskänger jenseits des Ozeans. Eine besondere Freude war es uns, daß die Tänzerin den Original-Step nur flüchtig, nur andeutete. Das Schloßlappern ließ sie fort und die Gelenkmanöver, dafür bezog sie den grotesken Charakter mehr auf die Linie und auf den Raum. Der richtige Step ist ein fächerförmiger, wir möchten sagen: ein Kompenzanz. Die Bielefeld aber demonstrierte ihn dimensionslos, indem sie auch die Bühnentiefe befreite und so den herrlichen Radan-Step auf gewöhnliche Art zum Ausfliegen unsterblich machte.

Daß unser Ballettensemble von der neuen Meisterin lernt, sah man aus den Gruppenübungen; — daß es gern von ihr lernt, sah man aus der Freude, mit der es am Werke war. Ein recht lapidares Langspiel à la Reine war die Nummer „Verzögerungsbilder“ zu einer Musik von Johann Strauß. Wenn auch die hier unerlässliche Gyrität der gleichmäßigen Bewegungen zu wünschen übrig ließ, so wurde man doch durch einen Faktor des Langspiels entzückt, der von großer Wichtigkeit ist: durch die Farbe. Mit ganz einfachen Mitteln kam eine Farbentwicklung zustande, die im allgemeinen „Ab“ hervorrief: orangefarbene Kostüme — durch gleichförmige Beleuchtung in ihrem Glanz verpöht — gegen einen tiefdunklen Samtborsten lüppig bewegt: ein prächtig buntes Bild! — Mit dem russischen Lang „Zwei viertel Takt“ wurde eine Probe für die neuen Möglichkeiten des Opernballetts gegeben. Auch hier genügt die filigrane Mäßigkeit der Extremitäten, denn es braucht beim Tanz nicht unbedingt herrenschwebelhaft zu werden, daß man keine Linie und keine ästhetische Grazie mehr untercheiden kann. — Der „Kalle“ (Halle) Schumanns (genannt von der Friche Dieze und G. H. H.) war der erste wirklich noble Walzer, den wir von unserm Stadttheaterballett in letzter Zeit gesehen haben. — Ein Fortschritt gegen uns die Gattungszugung von der Musik zu sein, wie sie die neue Meisterin pflegt. Der langweilige Anstrich darf auch nicht von der Musik diktiert werden, weil er seine eigenen und andern Geize hat. Dem modernen Publikum ist die Musik nicht eine Vorlage, die flüchtig nachgezeichnet wird, sondern nur Erregungsmittel. Aus dieser zeitgemäßen Auffassung resultierte die auch das tempo rubato, in dem das Orchester seine Stücke bestimt.

Dr. Paul Strauber als Dirigent schien noch zu sehr an der Partitur zu hängen. Die Begleitung — denn als solche darf er seine Tätigkeit hier nur ansprechen — war nicht immer ganz klug. Der Dirigent hat sich auch besonders bei Regardis

Abagio, noch reichlich ledern und grob. Mit einer „Rehant-alles-in-alle“-Dynamik ist es nicht getan. Erst die Abschärfung innerhalb der einzelnen Instrumentengruppen gibt Farbe und Leben.

Das Publikum bewies mit reichem Beifall (der sogar ein Dacapo nötig machte), daß es die Vorzüge der modernen Tanzschule im allgemeinen und die Kunst der neuen Ballettmeisterin im besonderen wohl zu schätzen weiß. — An das Langprogramm schloß sich eine Aufführung von Humperdincks Märchenoper „Hänsel und Gretel“ in der bekannten Besetzung. G. G.

Brunner ist außerstanden. Der „Fröhliche Weinberg“ von Karl Zuckmayer hat in der kurzen Zeit seines Bestehens schon mancherlei Schicksale gehabt. Er ist ein keineswegs übertrieben modernes, aber in erottischer Beziehung für Spießergermüter heurubigendes Lustspiel — das wir übrigens in Magdeburg ebenfalls vorgeführt bekommen sollen. Zunächst hat sich der Theaterausflug in Zuckmayers Vaterstadt Mainz wochenlang gegen seine Aufführung gewehrt. In Frankfurt am Main war jemand im 2. Akt eine Stinbombe ins Parkett und gefährdete damit den Fortgang der Vorstellung. In München — wie kann es anders sein — im Hitler- und Ludendorff-München hat die Polizeidirektion die Aufführung in den Kammerspielen verboten, weil es wiederholt zu Störungen gekommen ist, und zwar, wie die Theaterleitung in ihrer Verurteilung erklärte, nicht Kundgebungen aus einer augenblicklichen Erregung heraus, sondern „wohlvorbereitete Störungen, die von der Studentenschaft ausgingen“. In Dresden hatten sich bekanntlich auch nationalsozialistische Studenten als Kodaubelden in Zuckers „Gindemann“ betätigt. Leipzig will ebenfalls nicht zuordnen. Alle Winterwälder der schönen Pleißenstadt, als da sind: Nationalsozialistische Arbeiterpartei, Stahlhelm, Jungdeutscher, Frontbann, Nationalsozialistischer Studentenbund (da sind sie ja wieder!), Frontkriegerbund, Ehrenbund deutscher Weltkriegsteilnehmer (was es doch für merkwürdige Gejangereine gibt!), Verein deutsche Bühne — alle diese schönen Gelein haben sich hinter einen völkischen Stadtverordneten gestellt, der in einem Dringlichkeitsantrag die Abhebung des „Fröhlichen Weinbergs“ vom Spielplan des Alten Theaters verlangte. In Tübingen sind sie gegen die „Lote Lante“ von G. G. Sturm gelaufen. Es sollte uns nicht wundern, wenn nächstens ein Frontkriegerbund aller deutschen „Völkern“ gegründet würde zur Bekämpfung aller Lustigkeit im Theater. Gener. W. R. S. lauer Käse (München-Lahn-Volkbund), der kürzlich seine Enttötung gegen Ruspolini an einem Wuppilied des bald seit 150 Jahren toten Goldoni ausließ, müßte ebenfalls ge- jähloffen beitreten. —

Um die Ratsitze.

Die französische Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten beriet am Dienstag über den Bericht Paul Boncour über die Locarno-Verträge. Die Kommission beschloß mit allen gegen vier Stimmen, die Kammer aufzufordern, noch in dieser Woche die Ratifikation zu vollziehen.

Ministerpräsident Briand hielt dabei vor der Kommission einen bedeutsamen Vortrag über die Konferenz von Locarno. Er betonte, daß außer den amtlichen Texten in Locarno nicht anders diskutiert worden sei, und daß die Locarno-Verträge in keiner Weise die Rechte Frankreichs aus dem Versailler Vertrag schmälerten. Briand fuhr dann wortreich fort:

Die Polemiken über die Erweiterung des Völkerbundes sind unbedeutend und überflüssig. Die Unterhändler in Locarno hatten sich keineswegs mit dieser Frage zu befassen. Sie kam allerdings mehrfach zur Sprache. Die daran interessierten Nationen haben lediglich die durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gebotene Gelegenheit ergriffen, um eine Erweiterung des Rates zu beantragen. Die Locarno-Unterhändler selbst aber konnten sich damit nicht befassen, denn die Regelung der Frage hängt allein vom Willen ab. Wenn man die dafür zuständigen Nationen das Problem frei und offen objektiv diskutieren ließe, kämen sie sicher zu einer Lösung, wie sie ja auch andere nicht minder schwierige Probleme gelöst haben.

Man kann die Lösung nicht erleichtern, wenn man sie durch Klugheit abgeleitete und übrigens unangebrachte Polemiken vergrößert. In dieser Frage ist der Völkerbund der beste und der geeignetste Richter. Ich habe volles Vertrauen zu ihm, daß er seine Statuten entsprechend den ihm anvertrauten Interessen auslegt und daß er sich auch diesmal in voller Unabhängigkeit ausdrückt, ohne irgendwelche Versuche zu beachten, die auf ihn einen Druck ausüben wollen.

In der letzten Tagen tauchten Gerüchte auf, daß Deutschland einen Sitz für Polen zugestehen wolle, wenn die Besetzung abgelehrt werde. Diese Meldungen sind erfunden. Aus London wird gemeldet, daß Briand der englischen Regierung sein Einverständnis zu der Herabsetzung der Besatzungstruppen im Rheinland von 75 000 auf 60 000 Mann mitgeteilt hat. Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ bemerkt, diese Tatsache erlebte die in unbestimmter Form vorgebrachte Idee eines französisch-deutschen Kompromisses, wonach für die Zustimmung Deutschlands zur Gewährung eines ständigen Ratsitzes an Polen, Frankreich der vollständigen Räumung der Rheinlande noch in diesem Jahre zustimmen werde.

Handlanger der Fürsten.

Die deutschnationalen Abgeordneten im Rechtsausschuß des Reichstags sind eifrig bemüht, den deutschen Fürsten ungeheure Werte zu erhalten. In der Sitzung vom Dienstag beantragten sie, den Fürsten bisher unbestrittenes oder anerkanntes Privateigentum zu belassen.

Die Wirkung der Annahme des Antrags wäre gewesen, daß Titel, die ein Land bisher anerkennen mußte, weil sie nach formalem Recht Eigentum begründeten, hätten respektiert werden müssen, auch wenn sie auf einem Mißbrauch fürstlicher Gewalt beruhten. Die Herrschaften Glawitz, Projanke, Schwedt, Wusterhausen, die Salmfälbener Forsten, die deutsche Fürsten auf Kosten deutscher Länder sich widerrechtlich angeeignet haben, wären dann den Fürsten verblieben.

Wie verhielten sich die Kommunisten gegenüber dem Antrag der Deutschnationalen auf die Festschreibung des Volkes? Sie enthielten sich, wie am Freitag bei dem Antrag der Deutschnationalen, die Auseinandersetzung mit den Fürsten dem Reichsgericht zu übertragen, der Abstimmung. Wenn Wilhelm der Letzte noch Orden zu verleihen hätte, würden die Kommunisten Anwartschaft auf die Medaille haben, denn sie würden, wenn die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht auf dem Posten wären, mit den Deutschnationalen im Bunde das Fürstenvermögen retten.

Die Kommunisten suchen solch verderbliches Verhalten mit dem Hinweis auf den Volksentscheid zu rechtfertigen. Aber wenn dieser — was doch nicht etwa völlig ausgeschlossen ist — ein Fehlschlag für das Volk wird? Dann vollzieht sich die Fürstenabfindung nach dem Gesetz, das jetzt im Rechtsausschuß des Reichstags beraten wird. Und wer sich bei den Beratungen im Ausschuß so passiv verhält wie die Kommunisten, treibt ein frivoles Spiel mit Volksinteressen zugunsten der räuberischen Fürsten.

Der Brennerstürmer im Druck.

Die Fanfare Mussolinis gegen Deutschland hat in Amerika eine dem Diktator äußerst peinliche Wirkung ausgelöst. Die demokratische Fraktion des amerikanischen Senats hat am Montagabend beschlossen, gegen die Ratifizierung des Schuldenfundierungsvertrags mit Italien zu stimmen.

Die Demokraten ließen sich bei ihrem Beschluß von wirtschaftlichen und politischen Gründen leiten. Ihr Kampf gegen das Schuldenabkommen setzte sofort nach dessen Abschluß ein, und insbesondere in der demokratischen Presse wurden gegen die amerikanische Regierung schwere Vorwürfe gerichtet. Vereinzelt wurden die amerikanischen Unterhändler sogar der Bestechung beschuldigt. Als dann Anfang Januar die wahnsinnige Politik Mussolinis gegen Süditalien auch in Amerika bekannt wurde, verstärkte sich die Opposition gegen das Schuldenabkommen. Sie hat über die Demokraten hinaus jetzt auch in der eigentlichen Regierungspartei, den Republikanern, Fuß gefaßt und seine Annahme im Senat erscheint im Augenblick sehr zweifelhaft.

Die oppositionellen Bestrebungen gehen vorläufig zunächst dahin, die Ratifikation auf die lange Bank zu schieben. Man wird in dem zuständigen Senatsausschuß bestimmte Beweisangebote stellen, die u. a. auch die Vorverhandlungen über das Abkommen und die Ursachen der Begünstigung Italiens betreffen. Im Vergleich zu der Haltung der amerikanischen Unterhändler im Verlauf der amerikanisch-französischen Schuldenverhandlung ist eine Begünstigung kaum von der Hand zu weisen.

Die Ablehnung des amerikanisch-italienischen Schuldenabkommens würde das faschistische Regime sehr treffen, wie sein vorläufiger Abschluß die Diktaturgeißel des italienischen Faschistenhauptlings zweifellos gestärkt hat. Allerdings würde die Ablehnung nicht nur den Faschismus moralisch schwächen, sondern auch den Hunger des unschuldigen Volkes vergrößern. Auch ist leider immer noch der Fall, daß sich die Völker fragen müssen, wenn es den König oder einen Diktator juckt.

Die amerikanische Öffentlichkeit beschäftigt sich lebhaft mit einem Artikel des sozialdemokratischen Berliner „Vorwärts“, der u. a. schrieb, daß durch die Ratifizierung des Mellon-Volpi-Abkommens die amerikanischen Staatsbürger sich unbewußt der Schürung eines künftigen europäischen Krieges, der Erdrosselung der demokratischen Freiheiten in Europa und der Unterstüßung eines Regimes mitschuldig machen würden, das kein Amerikaner auch nur fünf Minuten im eignen Lande dulden würde. Als Antwort darauf wird dem „Vorwärts“ durch Funkpruch die Stellungnahme folgender Senator übermitteln:

Senator Kenneth M. Keellar (Tennessee, Dem.): „Ich halte Mussolinis Ansichten für eine Bedrohung des europäischen Friedens und für eine allgemeine Gefahr für die Freiheit überall. Man kann das geplante Schuldenabkommen nicht verteidigen. Wenn der Senat es ratifizieren sollte, würde er damit eine Koalition zwischen den internationalen Bankiers und einem Vandalen billigen. Ich halte Mussolini für den bösesten und gefährlichsten Faktor der jetzigen europäischen Politik. Je eher das italienische Volk sich von ihm losmacht, desto besser.“

Senator Henrik Shipstead (Minnesota, Farmer und Labour Party): „Mir erscheint die Sache auch so. Ich bin schon seit langer Zeit zu den Schlussfolgerungen des „Vorwärts“ gelangt.“

Senator George W. Morris (Nebraska, Republikaner): „Ich möchte, daß Italien den vollen Schuldenbetrag und die Zinsen zahlt. Wenn Italien bezahlen kann, kann Wallstreet uns bezahlen. Sollte Italien Bankrott machen, so werden wir uns unsere Anteile nehmen, genau so, wie die andern Gläubiger.“

Senator Pat Harrison (Mississippi, Dem.): „Ich bin gegen das Schuldenabkommen, aber nicht aus denselben Gründen, die der „Vorwärts“ angibt. Das Abkommen ist unfair gegenüber den amerikanischen Steuerzahlern, denn es könnte eine Propaganda für die Revision anderer Abkommen ermutigen.“

Senator William S. King (Utah, Dem.): „Sicherlich wird der Senat alle mit der italienischen Schuldenregelung zusammenhängenden europäischen Probleme ins Auge fassen und besonders die Nationen, die eine Demokratie zu entwickeln versuchen.“

Senator Smith W. Brookhart (Iowa, Republikaner): „Jede Unterstützung Mussolinis gereicht der menschlichen Freiheit zum Schaden. Ich bin gegen die Ratifizierung des Schuldenabkommens.“

Das zunächst bei Mussolinis Fanfare aufgeschreckte Europa weiß nun, warum der Brennerstürmer plötzlich betreten schweig und dann den Rückzug antrat. Das noch nicht unter Dach und Fach gekommene Schuldenabkommen mit Amerika ist in Gefahr. Amerikanische Finanziers geben nur gegen Sicherheiten, und Mussolini scheint ihnen denn doch ein verdammt unsicherer Kantonist zu sein.

Briand hat gewonnen.

Der von dem Senator Cheron erstattete Bericht der Finanzkommission des französischen Senats über die Finanzvorlage ist am Dienstag vormittag zur Verteilung gelangt. Die Diskussion im Plenum wird am Mittwoch vormittag beginnen, und nach den Beschüssen der verschiedenen Parteien ist es nicht mehr zweifelhaft, daß der Senat die Gesamtheit der von der Kommission vorgeschlagenen neuen Steuern nach der Fassung der Regierungsvorlage annehmen wird.

Die Diskussion dürfte kaum mehr als 2 bis 3 Tage in Anspruch nehmen, so daß die Vorlage spätestens am Freitag oder Samstag wieder vor die Kammer gelangen wird. Auch hier hat in der Zwischenzeit eine Klärung der Situation stattgefunden. Der weitaus größte Teil der Radikalsocialen, der noch vor einer Woche aufs schärfste gegen die von dem Senat mit der Wiederannahme der von der Kammer abgelehnten Maßnahmen begangenen Verletzungen der Verfassung protestiert hat, ist wieder einmal ungespalten und bereit, sich dem Diktator der ersten Kammer zu beugen. Mit ihnen wird aller Voraussicht nach auch ein Teil der Opposition für die in der vergangenen Woche abgelehnten Steuern stimmen.

Als Bedingung dafür hat der Führer der Rechten, der ehemalige Kriegsminister Maginot, in einer am Sonntag gehaltenen Rede von Briand den endgültigen Bruch mit den Sozialisten gefordert, die ihrerseits fast zur gleichen Stunde durch den Mund des Generalsekretärs der Partei, des Abgeordneten Faure, die Erklärung abgegeben haben, daß sie nach dem neuen Umfall der bürgerlichen Linken das Parteiglied als tot betrachteten und demgemäß in die Opposition zurückkehren würden.

Das Kabinett Briand wird unter diesen Umständen auch in der Kammer eine ausreichende Mehrheit hinter sich haben, und zwar wird es die gleiche Mehrheit sein, die am 12. Juli des vergangenen Jahres um Caillaux gespart hatte. Die einzige Schwierigkeit scheint nur noch die Doumische Zahlungssteuer zu bilden, für die in der vergangenen Woche in der Kammer 112 Abgeordnete gestimmt haben. Aber auch hier verhandelt man bereits über ein Kompromiß auf der Grundlage einer erheblichen Reduktion des von dem Finanzminister vorgeschlagenen Tarifes, der von 1,20 auf 0,5 Prozent herabgesetzt werden soll. Briands Taktik hat sich also wieder einmal als erfolgreich erwiesen. Die unbedenklichen Sozialisten wird er los und die Kammer hat sich dem Senat gebeugt. Er darf mit seiner Kunst zufrieden sein. Um so blamabler ist die Lage für die übrigen Kartellmitglieder, die aller Welt ihre Gültigkeit eingestehen.

Notizen.

Preussens Stimmen im Reichsrat. Auf Grund des Ergebnisses der Volkszählung vom 16. Juni 1925 entfallen auf Preussen 26 Stimmen im Reichsrat bisher nunmehr 27 Stimmen. Diese 27. Stimme wird im Reichsrat von dem preussischen Staatsministerium geführt werden, das hierüber dem Staatsrat einen Gesetzentwurf zugehen ließ.

Bölkische unter sich. Der von Adolf Hitler getrennte Nationalsozialistische Volksbund hat für Mittwochabend eine öffentliche Versammlung mit den Reichstagsabgeordneten von Graefe und Reventlow als Redner angekündigt. Gegen diese Versammlung hat Hitler seine Parteianhänger auf dem Befehl, geschlossen

in die Versammlung zu gehen, um „Abrechnung mit dem Vorkriegsregime“ und Graefe und Reventlow zu halten. Um Zusammenstoß zu unterbinden, wurde die Versammlung von der Polizei verboten.

Grupp will weiter abbauen. Wie die Verwaltung der Reichsgrupp-M.G. mitteilt, wird bei Anhalten der augenblicklichen Wirtschaftskrise eine weitere Verminderung der auf der hiesigen Substanzfabrik beschäftigten Belegschaft um etwa 1800 Arbeiter und Angestellte bis Ende März sich nicht länger vermeiden lassen. Eine vollständige Stilllegung der Betriebe jedoch ist nicht beabsichtigt und die Firma hat einen entsprechenden Antrag beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf gestellt.

Internationale Polizei. Regierungsdirektor Weiß, der Chef der Berliner Kriminalpolizei, der Montagabend von seiner Dienstreise anlässlich der ungarischen Frankfurteraffäre nach Paris und Brüssel zurückgekehrt ist, hat seine amtliche Tätigkeit in Berlin wieder aufgenommen. Ueber den Erfolg seiner Reise hat er der Presse gegenüber Mitteilungen gemacht. Der Zweck war in erster Linie, die internationalen kriminalpolizeilichen Beziehungen wieder fester zu knüpfen. Dieser Wunsch habe in den beiden Hauptstädten lebhaften Widerhall gefunden. Im übrigen sei die Frankfurteraffäre, die Auslieferungfrage und die Verhaftung des Michael Solzmann Gegenstand der Beratungen gewesen.

Volksstraßentag. Sonntag, der 28. Februar, ist als Volksstraßentag festgesetzt worden. Aus Anlaß dieses Gedenktages hat die Reichsregierung angeordnet, daß alle Regierungsgebäude halbtags geschlossen werden. Eine Kumborgung der Regierung wird in der Presse veröffentlicht werden. Bei der im Reichstag stattfindenden Trauerfeier wird die Reichsregierung vertreten sein. Auch der Reichspräsident hat sein Erscheinen zugesagt. Die Organisation des Trauertages liegt in den Händen des Volksbundes deutscher Kriegsgräberfürsorge.

Die Geister der Ermordeten. Der protestantische Pfarrer Sell von Berlach, auf dessen Ruf die Löwentruppen die zwölf Arbeiter in Berlach, die nachher in München ermordet wurden, verhaftet hatten, kann in Berlach anscheinend nicht mehr existieren. Er hat sich verziehen lassen nach Lauberg e. L. Außerdem hat er eine Privatklage gegen „Lachen links“ angestrengt, weil er sich durch ein Bild beleidigt fühlt.

Schulgeld für die Klirren. In der Stadt Braunschweig sollen zu Ostern 72 Lehrer durch die schwarzweisse Regierung abgebaut werden, da der Etat der Regierung ein Millionendefizit aufweist. Die Regierung will an der Volksschule sparen, nachdem sie dem Herzog von Braunschweig und der Kirche gegenüber zu freigebig gewesen ist.

Depechen.

Offensive Abd el Krim?

Ab. Paris, 24. Februar. Nach einer im „Debut“ veröffentlichten Meldung aus Mazagan läßt Abd el Krim bei den Stämmen verhandeln, daß er demnächst eine Offensive gegen die spanische Front unternehme. Er befördere Material und Truppen zum West Mar trotz der Revolte der Beni Schmes, die seine Probantzüge geplündert und seine Abgesandten ermordet hätten.

Nun wissen wir's.

Ab. Budapest, 24. Februar. Der Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses in der Frankfurteraffäre lautet zu dem Schluß, daß nach gründlicher und gewissenhafter Prüfung und Erwägung des zur Verfügung stehender Materials folgendes festzustellen ist: 1. Der Idee des Verbrechens, seiner Anregung, Unterstüßung und Deckung stehen sowohl Regierung wie alle Mitglieder der Nationalversammlung fern. 2. Nach Aufhebung des Verbrechens ergriffen Ministerpräsident und Regierung alle Mittel, um die Angelegenheit in jeder Richtung aufzuklären und die Täter und Teilnehmer vor ein rechtliches Gericht zu stellen. 3. Eine politische Verantwortung irgend eines Regierungsmitgliedes kann in Bezug auf die Vorbereitung oder Verhinderung des Verbrechens oder die Feststellung der Täter oder Teilnehmer weder durch ein Tun oder Unterlassen festgestellt werden. — Der Ausschuß erucht um Billigung seines Berichtes und Feststellung, daß seine Tätigkeit beendet ist.

Frankreich im Saargebiet.

Ab. Paris, 24. Februar. Nach dem „Avenir“ hat der Abg. Dejors Ferry in der gestrigen Sitzung des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten Briand die Frage über die Präsidenschaft der Regierungskommission des Saargebietes gestellt. Der Abgeordnete erklärte, der Verlust dieses Postens würde im Hinblick auf die wirtschaftlichen Interessen Frankreichs im Saargebiet als Mißerfolg zu deuten sein. Briand habe erklärt, daß jetzt auch die Zeit für andere Mitglieder der Regierungskommission gekommen sei, den Vorsitz zu führen. Der Versailler Vertrag sei schuld, daß man nicht die Notwendigkeit eines ständigen französischen Vorpostens festgelegt habe, aber er könne jetzt nicht darauf bestehen, daß die Präsidenschaft immer dem französischen Vertreter in der Regierungskommission belassen werde.

Konferenz mit Mussolini.

Belgrad, 24. Februar. (Radio.) Der serbische Außenminister Vintitschich ist nach Rom abgereist, wo er mit Mussolini eine Aussprache über die durch die Locarnoverträge geschaffene Lage haben wird.

Die chinesischen Wirren.

Ab. London, 24. Februar. „Daily News“ meldet aus Schanghai: Wupeifu bringt in Souan ein und nähert sich gegenwärtig Kaiteng, der Hauptstadt dieser Provinz, deren Fall jeden Augenblick zu erwarten sei. Wupeifu werde unterstützt durch Zhang Sun Tschang, einen Unterführer. Gleichzeitig werde berichtet, daß Zhang Sun Tschang nicht mehr und zwangsweise Gelder erhebe sowie Waren und Schiffe mit Beschlagnahme belege.

Blutiger Nachstrahl.

Ab. Berlin, 24. Februar. In der Nähe des Schlesischen Bahnhofs verjuchte eine Polizeistreife heute nacht eine Ansammlung von etwa 20 Personen, deren Auseinandersetzungen in eine Schlägerei auszuarten drohten, zu zerstreuen. Als die Beamten einen der Aufstörer nach der Wache abführen wollten, wurden sie von der Menge angegriffen und zu Boden geschlagen. Bei der Abwehr eines Angreifers, der einem Beamten die Schutzweste entziehen wollte, ging die Waffe los und traf einen 21jährigen Mann namens Kuthmann, der auf dem Wege ins Krankenhaus verstarb, später konnten mehrere der Aufstörer festgenommen werden.

Großer Grubenbrand.

Gamm, 24. Februar. (Radio.) Auf Schacht I der Zeche Demitsch ist ein verheerender Grubenbrand ausgebrochen. Die Arbeiter sind im Gange. Sie sind bis jetzt erfolglos geblieben, so daß mit der Untermassierung des Schachtes I gerechnet werden muß, wodurch 90 Prozent der Belegschaft, also 4000 Mann erwerbslos werden werden. Der Schacht I der Hüttensohle des Schachtes I ruht die beste Kohle des Schachtes. 14,4 der Brandherd, enthält eine an Schwefelgasen reiche Kohle. Die Ausbeutung des Brandes auf das ganze Kohlenfeld ist zu befürchten. Die Belegschaft konnte noch rechtzeitig aus der Grube gezogen werden. Eine Gefahr für Menschenleben besteht nicht.

Bergmannstok.

Ab. Graz, 24. Februar. Im Schwefelbergbau in Leoben bei Kallwang stürzte während der Zimmerung eines Stollens eine Wand ein. Das herabgestürzte Gestein begrub zwei Bergleute, die tödlich zermalmt wurden und nur als Leichen geborgen werden konnten.

Vertriebenenabfindung.

Von einem Vertriebenen aus den abgetretenen Gebieten wird dem „Sozialdemokratischen Presse-Dienst“ zu der Reichstagsdebatte über die Fürstenabfindung folgendes geschrieben:

Ich möchte an die Herren, die den deutschen Fürstenhäusern in der Zeit der tiefsten Not noch Milliardenwerte nachwerfen wollen, folgende Frage richten:

Ist Ihnen das Schicksal von zwei Millionen Reichsdeutschen, die aus den abgetretenen Gebieten und aus dem Ausland vertrieben, vom Feind enteignet und von der Reichsregierung mit einem Pappenstiel „abgefunden“ worden sind, bekannt?

Ist Ihnen weiter bekannt, daß den Liquidationsgeschädigten so gut wie nichts, höchstens der Zinsverlust mit 1 Prozent vergütet wurde? Eine Arbeiterfamilie, bestehend aus Mann, Frau und fünf Kinder, die sich zeitweilig in der lothringischen Industrie kümmerlich durchschlugen und sich in der Gegend ein Haus im Werte von 18 000 Mark erworben hatten, hat man z. B. im „Vorentschädigungsverfahren“ mit 90 Mark abzufinden gewagt! Hat das erbärmliche „Liquidationsgeschädigenseh“ mit der Anzahl von Verordnungen an den Vertriebenen überhaupt etwas „wieder aufgemacht“? In der Entschädigungsverordnung, welche die Größtanzahl von 2 Millionen Vertriebenen nahezu vernichtete, ist ausdrücklich festgelegt: „Jeder Rechtsweg zur Erlangung von Entschädigungen ist ausgeschlossen.“

Warum springt man mit den Fürsten nicht ebenso um wie mit uns? Was berechtigt die Reichsregierung, hier mit zweierlei Maß zu messen? Ist dem 22er Ausschuss des Reichstags in der Sache der Vertriebenen nicht genau so viel Material vorgelegt worden, um zu dem Schluss zu kommen, daß auch hier die Notwendigkeit einer reichsgerichtlichen Regelung der Entschädigungs- bzw. Abfindungsfrage gegen 2 Millionen Vertriebenen besteht?

Wenn der demokratische Abgeordnete Freiherr v. Nicht-Hofen an die deutschen Fürsten einen besondern Maßstab legen will, weil „Prinz Max von Baden als ausgezeichnete Mann zu bezeichnen“ ist, so frage ich ihn: Sind nicht alle die Volksgenossen ebenso „ausgezeichnete Männer“, welche die Pionierarbeit des deutschen Kulturlebens während eines Menschenalters im Ausland vollbracht haben?

Nicht der Kompromißentwurf der „Mittelparteien“ vermag diesem Gedanken Rechnung zu tragen, sondern nur der Volkswirtschaftliche. Das ist die wahre Stimmung, die über die Abfindungsfrage der Gesamtheit der durch den Weltkrieg restlos enteigneten „Vertriebenen aus den abgetretenen Gebieten“ herrscht!

Wenn die Fürsten-Abfindungsparteien wirkliches Rechtsgefühl beherrschten würde, könnten sie nicht mit zweierlei Maß messen wollen. Hier voll enteignete deutsche Vertriebene, mit schwerster Not kämpfend und auf der andern Seite die Fürstenfamilien, die auch bei der vorgeesehenen Entzignung in Haus und Braus weiterleben würden, denn sie hatten genügend Zeit, das dazu Nötige beiseite zu schaffen.

Solidarität.

Aus Königsberg wird uns geschrieben:

Eine geradezu vorbildliche Einrichtung für das übrige Deutschland hat der Konsumverein Königsberg getroffen. In Königsberg ist die Arbeitslosigkeit besonders groß. Um die Not der Arbeitslosen einigermaßen zu lindern, heißt der Konsumverein jetzt jede Woche 1000 Arbeitslose. Im großen Saale des Gewerkschaftshauses findet an zwei Tagen in der Woche die Speisung von je 500 Arbeitslosen statt. Jeder der Arbeitslosen bekommt zum Mittagmahl zwei Brötchen und ein Glas Bier oder eine Tasse Kaffee. Außerdem wird jedem, der an der Speisung teilnimmt, ein Brot verabfolgt, das von den Gewerkschaften und der „Königsberger Volkszeitung“ sowie deren Angestellten abwechselnd gestiftet wird.

Während der Speisung konzertiert eine Kapelle, die sich ebenfalls kostenlos zur Verfügung stellt. Auch die Mitglieder eines Kabarets haben schon ohne Entgelt ihre Kräfte zur Verfügung gestellt.

Man sollte annehmen, daß diese segensreiche Einrichtung den Beifall aller Menschen ohne Unterschied der Partei oder

Eine englische Arbeiterhochschule.

Vor kurzem hat der Generalrat der englischen Gewerkschaften das Geschenk der Gräfin Warwick, die der Labour Party angehört, entgegengenommen und sich entschlossen, das alte historische Schloss der Familie Warwick in eine gewerkschaftliche Hochschule umzuwandeln. Der offizielle Pressedienst der Labour Party und der Gewerkschaften teilt nunmehr die nachfolgenden interessanten Einzelheiten über die Vorgeschichte dieser Schenkung und die weiteren Pläne der englischen Gewerkschaften mit. Die Gräfin Warwick hat das Geschenk nicht in einer plötzlichen Laune gemacht. Schon seit 25 Jahren Mitglied der Arbeiterpartei, hat die Gräfin ihren Familienbesitz „Caston Lodge“ seit einer Reihe von Jahren der Arbeiterbewegung zur Verfügung gestellt. Es wurden dort Sommerkuren abgehalten, und das Schloss stand als Wochenendaufenthalt Männern und Frauen, die im Dienste der Arbeiterbewegung tätig sind, zur Verfügung. Gegen ein kleines Entgelt konnten sie sich von den Mühen des Alltags in einem Willen erholen, das an Großartigkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Ein 300 Jahre altes Schloss mit getäfelten Wänden und angehängten kostbaren Einrichtungsgegenständen, die von vielen Generationen hier zusammengetragen und behütet wurden, inmitten eines riesigen Parkes, der einen Teil des uralten Gainsborough-Parkes bildet, voll von Rasen und Blumenbeeten, ist nunmehr dazu bestimmt, denen zu dienen, die durch die gegenwärtige Wirtschaftsordnung davon ausgeschlossen waren, die Kultur vergangener Jahrhunderte anderswo als in Museen zu bewundern.

„Der Generalrat“, fährt „The Labour Press Service“ fort, „hat die allergrößte Aufmerksamkeit darauf verwendet, sich zu fragen, auf welche Weise von diesem großartigen Geschenk am besten Gebrauch gemacht werden könne. Es ist in einem günstigen Augenblicke gekommen. Auf dem letzten Gewerkschaftskongress in Scarborough hat der Generalrat über seine Bemühungen unterrichtet, einen allgemein annehmbaren Plan für die Verziehung der Arbeiterbildung auszuarbeiten und zu einer Verständigung mit den verschiedenen Arbeiterbildungs-Organisationen, wie Ruskin College, Labour College, Nationalrat der Labour Colleges, der Arbeiter-Erziehungsvereinigung und dem Erziehungsomitee der Gewerkschaften zu kommen. Ein Punkt in diesem Plane war die Schaffung eines Erziehungsfonds und die Gewährung einer jährlichen Zuwendung von 2000 Pfund Sterling (40 000

Mark) aus eignen Mitteln, wobei als erstes und nächstliegendes Ziel eine Verbindung und Vereinheitlichung der verschiedenartigen gewerkschaftlichen Bildungsinstitutionen vorzuschwebte. Dank der großzügigen Schenkung der Gräfin Warwick ist es nunmehr dem Generalrat möglich, den Plan einer zentralisierten Bildungsstätte auf der Basis des Internats in einer Weise zu verwirklichen, die der enthusiastischen Zustimmung der Gewerkschaftsbewegung sicher sein kann.“

Augenblicklich werden die Pläne für den Bau eines Studentenwohnhauses und für die Umbauten erwogen, die sich aus der Umwandlung des Schlosses zu einer Gewerkschaftshochschule notwendig ergeben. Der Charakter des Hauses soll dabei möglichst wenig angefaßt werden. Ferner stehen die verschiedenen Pläne für die Finanzierung des Studienaufenthalts für die gewerkschaftlichen Hochschüler zur Beratung. Der Generalrat hofft, daß in kurzer Zeit 200 Hochschüler und ein Stab qualifizierter Lehrer in Caston Lodge ihre Arbeiten werden aufnehmen können. „Zum erstenmal in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung ist die Möglichkeit geboten, eine Hochschule zu errichten, die völlig den Gewerkschaften gehört und von ihnen kontrolliert wird, und deren ausschließlicher Zweck es ist, Gewerkschaftler für den Dienst innerhalb ihrer Organisationen zu schulen.“ Es soll also ein echtes gewerkschaftliches Bildungszentrum geschaffen werden. Die Universitätsmethoden sollen Anwendung finden, soweit sie sich dem Zwecke dieser Hochschule anpassen lassen, und das College soll mit einem Lehrkörper und allen Lehrmitteln in einer Weise ausgestattet werden, die eine wirkliche Erziehungsarbeit ermöglicht. Ein großer Teil der erforderlichen Lebensmittel für die Studierenden wird aus den landwirtschaftlichen Betrieben von Caston Lodge geliefert werden. Der Park soll für Spiele und Erholungsstunden der Arbeiter-Studenten dienen. Die Rasen und Blumenbeeten, das Schloss selbst und der Hof werden dieser Arbeiterhochschule einen ebenso schönen und gepflegten Rahmen verleihen, wie ihn etwa die alten Universitäten von Oxford und Cambridge besitzen. Der fähige und ehrgeizige junge Gewerkschaftler wird hier für seine künftige Arbeit unter idealen äußeren Bedingungen geschult werden, ohne die Fühlung mit seiner Klasse zu verlieren und in die Verziehung geführt zu werden, ein Snob oder Parasit der Wohlhabenden zu werden.

Wulle streitet ab.

Im Preussischen Landtag, der am Dienstag nach 14tägiger Pause seine Vollsitzung wieder aufnahm, gab vor Eintritt in die Tagesordnung der völkische Abgeordnete Wulle, der durch das Schreiben des Fememörders Grüte-Lehder an den Untersuchungsausschuss neuerdings schwer befaßt worden ist, eine Erklärung ab, in der er die Behauptungen Grüte-Lehders gegen ihn und den Reichstagsabgeordneten Kube als erlogen bezeichnet. Wulle betont, er habe bereits am 5. Februar das Justizministerium, die Staatsanwaltschaft und die politische Polizei ersucht, entweder gegen ihn ein Verfahren einzuleiten, wenn dafür begründete Unterlagen vorhanden seien, oder aber ihn gegen die Gemeinheiten Grüte-Lehders zu schützen; er sei jedoch bis zum heutigen Tage ohne Antwort geblieben.

Der völkische Abgeordnete Köner beantragt hierauf, den Fall Grüte-Lehder dem Untersuchungsausschuss zur Prüfung zu überweisen. Das Haus stimmt diesem Antrag zu.

Die verschiedenen Keinen Stabs der Münzverwaltung, des Gesetzsammelungsamtes, des „Reichs- und Staatsanzeigers“ und der Oberrechnungskammer werden ohne nennenswerte Änderungen angenommen. Bei der Münzverwaltung und der Oberrechnungskammer kommt noch ein Hauptauschussantrag zur Annahme, der verlangt, daß über die letzten 10 Prozent eines Teils der dauernden Ausgaben nur im Einverständnis mit dem Finanzminister verfügt werden darf.

Am Schluß der Sitzung erledigte das Haus die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die

Trennung der Provinz Schlefien in Ober- und Niederschlefien. Das Gesetz regelt den Übergang der Rechte und Pflichten der früheren Provinz Schlefien auf die neu gebildeten.

Abg. Franz (Oberschlefien, Soz.) kritisiert den Entwurf, der weder im Interesse Ober- und Niederschlesiens, noch im Staatsinteresse liege. Die Vorlage müsse im Ausschuss gründlich geprüft werden.

Abg. Dr. Hamburger (Soz.) betont, daß es vor allem darauf ankomme, bei der geplanten Neuregelung der Versicherungsanstalten die Interessen der Versicherten zu schützen. Ferner gelte es, die Selbstverwaltungsfragen zur Zufriedenheit der beteiligten Provinzen zu lösen. Die Teilung brauche nicht unbedingt zu einer Verteuerung der Verwaltung zu führen. Deutschland müsse sein Oberschlesien gegebenes Versprechen erfüllen, nachdem Polen dem polnisch gewordenen Teil Oberschlesiens Autonomie gegeben habe. Nur durch eine verständnisvolle Minderheitenpolitik könne man verhindern, daß die Polen wieder wie früher infolge des altpreussischen Regimes in Oberschlesien mit 88 Prozent die stärkste Partei werden.

Gegenüber dem deutschnationalen Grafen Garnier, der die Leistungen Friedrichs des Großen für Oberschlesien hervorzuheben hatte, erinnerte Abgeordneter Hamburger daran, daß gerade durch die Konserativen in Oberschlesien alle Reformbemühungen Friedrichs II. zur Hebung der Bauernschaft vereitelt wurden, so daß es wiederholt zu Bauernrebelten kam.

Die Vorlage wurde schließlich dem Hauptauschuss überwiesen. Das Haus verlegt sich auf Mittwoch 12 Uhr: Zweite Beratung des Handelshaushalts.

Neuordnung Oberschlesiens.

Das preussische Staatsministerium hat dem Staatsrat den Entwurf eines Gesetzes über die Neuordnung der kommunalen Verwaltung und Verwaltung in Gemeinden und Kreisen der Provinz Oberschlesien zugehen lassen.

Infolge der neuen Grenzänderung hat die Provinz Oberschlesien die beiden Landkreise Ratiboritz und Pleß sowie die beiden Stadtkreise Ratiboritz und Königshütte in ihrer Gesamtheit eingegliedert. Sieben Landkreise (Beuthen, Hindenburg, Tarnowitz, Loß-Gleiwitz, Mysłowice, Ratiboritz und Lublitz) sind von den Grenzlinien durchschnitten. Es ist daher erforderlich gewesen, eine neue Abgrenzung der durchschnittenen Gemeindeverbände vorzunehmen.

Im Zusammenhang damit sind gleichzeitig Eingemeindungsfragen von größerer Bedeutung in den Städten Beuthen, Hindenburg, Gleiwitz und Ratiboritz ihrer Regelung entgegengeführt worden.

Das unbefriedigte Rheinland.

Der Verband der Stadt- und Landkreise des besetzten Gebietes hat durch seinen Vorsitzenden, den Kölner Oberbürgermeister Adenauer, eine Eingabe an die Reichsregierung und die preussischen Ministerien des Innern und der Finanzen gerichtet, in der die Gemeinden der besetzten Gebiete ihren Unmut über den durchaus unbefriedigenden Verlauf der im Vorjahre vom Reichstag beschlossenen Hilfsaktion für das besetzte Gebiet zum Ausdruck bringen.

In der Eingabe wird darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung in den ersten Monaten des Jahres 1924 den bedrängten Gemeinden des besetzten Gebietes Sonderanteile an den Reichs- und Staatssteuern überwiesen habe, jedoch seien diese Sonderüberweisungen im Mai 1924 eingestellt worden. Im April 1925 hat die Reichsregierung auf Grund einer dringlichen Aussprache im Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete sich bereit erklärt, über die zurückliegenden Ansprüche des besetzten Gebietes eine Pauschalregelung mit den beteiligten Ländern zu vereinbaren und auch für die fortlaufende Sonderbelastung des besetzten Gebietes Mittel bereitzustellen. Vom Reichstag wurde zu diesem Zweck eine Summe von 75 Millionen Mark bewilligt. Leider hat die Verteilung dieser 75 Millionen bei den Gemeinden des besetzten Gebietes peinliche Ueberraschung hervorgerufen.

Das Reich hat von dieser Summe zunächst 30 Millionen für die Fertigstellung seiner eignen Besatzungswohnbauten genommen. Der Rest von 45 Millionen wurde den Ländern, und zwar ein Betrag von 30 Millionen Preußen überwiesen. Von diesen 30 Millionen hat Preußen wiederum rund 4,2 Millionen für seine eignen katastralfälligen Schäden abgezogen. Der Nettobetrag ist dann an die Gemeinden und Gemeindeverbände verteilt worden. Diese Verteilung ist allerdings nach geheimgehaltenen Richtlinien erfolgt, so daß das Ergebnis in den beteiligten Kreisen größtes Mißtrauen und Unzufriedenheit hervorgerufen hat.

Nach bezeichnender ist jedoch die Feststellung, die in der Eingabe gemacht wird, daß die Beträge den beteiligten Stadt- und Landkreisen nicht etwa als Zuschüsse, sondern in der Hauptsache als Darlehen gegeben worden sind. Die Denkschrift kommt zu dem Schluss, daß die in der Öffentlichkeit so stark unterstrichene Hilfsaktion für die besetzten Gebiete ein in höchstem Grade unbefriedigendes Ergebnis gehabt habe. Das sei um so bedauerlicher, als sowohl von den Vertretern der Reichs- und Staatsregierung als auch vom Reichstag und Preussischen Landtag die Hilfe für das besetzte Gebiet stark betont worden ist.

Der Vorstand des Verbandes der Stadt- und Landkreise der besetzten Gebiete richtet daher erneut an die Reichs- und Staatsregierung die dringende Forderung, nunmehr den Gemeinden und Gemeindeverbänden des besetzten und des inzwischen geräumten Gebietes mit wirklich durchgreifenden Maßnahmen zu Hilfe zu kommen, vor allem dadurch, daß den Gemeinden Mittel zur Durchführung von Notstandsarbeiten zur Verfügung gestellt werden.

Die Filmdiva und Knüppelrunze.

Vor einigen Tagen brachten wir unter der Ueberschrift: „Die Filmdiva und Knüppelrunze“ eine Notiz der „Weltbühne“, die auch vom „Film-Kurier“ abgedruckt war, nach der gegen Knüppelrunze wegen einer Rechnung in Höhe von 33 Mark Haftbefehl erlassen sei, um von ihm den Offenbarungseid zu erzwingen. Jetzt erhalten wir von Runze die folgende Mitteilung:

Es ist un wahr, daß ich wegen einer Rechnung in Höhe von 33 Mark den Offenbarungseid leisten sollte, wahr ist vielmehr, daß ich niemals irgendetwas dem Gastwirt irgend etwas schuldig geblieben bin.

Wir erkundigten uns in Berlin, ob Herr Richard Runze die Berichtigung auch an die Stellen versandt hat, denen wir die Nachricht entnahmen und die der bezeichneten Gastwirtschaft näher wohnen und die Dinge besser nachprüfen können. Das ist nicht der Fall gewesen.

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Waglin Tabletten In allen Apotheken u. Drogerien. Lösend, lindernd, erfrischend

Mark) aus eignen Mitteln, wobei als erstes und nächstliegendes Ziel eine Verbindung und Vereinheitlichung der verschiedenartigen gewerkschaftlichen Bildungsinstitutionen vorzuschwebte. Dank der großzügigen Schenkung der Gräfin Warwick ist es nunmehr dem Generalrat möglich, den Plan einer zentralisierten Bildungsstätte auf der Basis des Internats in einer Weise zu verwirklichen, die der enthusiastischen Zustimmung der Gewerkschaftsbewegung sicher sein kann.“

Augenblicklich werden die Pläne für den Bau eines Studentenwohnhauses und für die Umbauten erwogen, die sich aus der Umwandlung des Schlosses zu einer Gewerkschaftshochschule notwendig ergeben. Der Charakter des Hauses soll dabei möglichst wenig angefaßt werden. Ferner stehen die verschiedenen Pläne für die Finanzierung des Studienaufenthalts für die gewerkschaftlichen Hochschüler zur Beratung. Der Generalrat hofft, daß in kurzer Zeit 200 Hochschüler und ein Stab qualifizierter Lehrer in Caston Lodge ihre Arbeiten werden aufnehmen können. „Zum erstenmal in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung ist die Möglichkeit geboten, eine Hochschule zu errichten, die völlig den Gewerkschaften gehört und von ihnen kontrolliert wird, und deren ausschließlicher Zweck es ist, Gewerkschaftler für den Dienst innerhalb ihrer Organisationen zu schulen.“ Es soll also ein echtes gewerkschaftliches Bildungszentrum geschaffen werden. Die Universitätsmethoden sollen Anwendung finden, soweit sie sich dem Zwecke dieser Hochschule anpassen lassen, und das College soll mit einem Lehrkörper und allen Lehrmitteln in einer Weise ausgestattet werden, die eine wirkliche Erziehungsarbeit ermöglicht. Ein großer Teil der erforderlichen Lebensmittel für die Studierenden wird aus den landwirtschaftlichen Betrieben von Caston Lodge geliefert werden. Der Park soll für Spiele und Erholungsstunden der Arbeiter-Studenten dienen. Die Rasen und Blumenbeeten, das Schloss selbst und der Hof werden dieser Arbeiterhochschule einen ebenso schönen und gepflegten Rahmen verleihen, wie ihn etwa die alten Universitäten von Oxford und Cambridge besitzen. Der fähige und ehrgeizige junge Gewerkschaftler wird hier für seine künftige Arbeit unter idealen äußeren Bedingungen geschult werden, ohne die Fühlung mit seiner Klasse zu verlieren und in die Verziehung geführt zu werden, ein Snob oder Parasit der Wohlhabenden zu werden.

Der Generalrat hat seine Mitglieder ausgerufen, Mittel aufzubringen, die eine halbjährige Eröffnung der Arbeiterhochschule ermöglichen. Dazu sind schätzungsweise 50 000 Pfund Sterling (1 Million Mark) nötig, und man hofft, daß der so oft von der

Arbeiterchaft bewiesene Idealismus in kurzer Zeit den Generalrat instandsetzen wird, seinen großen Plan durchzuführen.

Theaterchronik. Schon seit längerer Zeit wird an dem künstlerischen Niveau der bairischen Staatstheater sehr scharfe Kritik geübt. Besonders wird auf den allgemeinen Niedergang der Staatsoper hingewiesen. Die Schuld hieran wird einer ganz verfehlten Personalpolitik im Engagement der künstlerischen Solokräfte zugeschrieben, die im letzten Jahre auf eine direkte Abwanderung der besten Kräfte hinausgelaufen ist. Verantwortlich hierfür ist in erster Linie der Generalmusikdirektor Kappe, der bei den Proben die Künstler in distanzierendem Kaiserntonston zu behandeln beliebt. Die Münchner Staatsoper beschäftigt zurzeit 32 Solokräfte, die Gagen zwischen 5000 und 26 000 Mark beziehen. Das Defizit für 1925 beträgt rund 1,8 Millionen Mark, wovon 500 000 Mark von der Stadtgemeinde München getragen werden.

Sibende Kunst. Die Große internationale Kunstausstellung, die früher alle vier Jahre in München stattfand, soll zum erstenmal wieder 1926 veranstaltet werden. Die Werke ausländischer Künstler sollen dabei allerdings nur in beschränkter Zahl zugelassen werden. Die bairische Regierung hält die Wiedereinführung dieser Ausstellung im Interesse der Münchner Künstler für dringend geboten. In Verbindung mit dieser internationalen Kunstschau ist eine Ausstellung für Baukunst geplant, die der bairischen Architektenschaft Gelegenheit geben soll, ihr Schaffen zu zeigen. Einer Neuentdeckung aus Neu-York zufolge wurde das berühmte, dem schwedischen Grafen Bachmeister gehörende Bild Rembrandts „Porträt eines jungen Mannes“ für 410 000 Dollar nach Amerika verkauft.

Shaw gegen die Verfilmung seiner Werke. Der Filmdirektor Samuel Goldwyn hat Bernard Shaw vor kurzem die Kleinigkeit von 1 Million Pfund Sterling (20 Millionen Mark) für das Recht der Verfilmung von Shaws Bühnenwerken angeboten. Shaw hat jedoch diesen Vorschlag in seiner bekannten ironischen Art zurückgewiesen und dabei bemerkt, er wolle sich nicht den Markt für seine Bühnenwerke ruinieren. In Wirklichkeit dürfte er angezogen dieses fürlichen Angebotes, bei dessen Annahme er den Markt für seine Bühnenwerke gar nicht mehr nötig gehabt haben würde, wohl die Ueberzeugung gehabt haben, daß die charakteristische Wirkung seiner Schöpfungen ganz wesentlich auf dem Worte beruht. Uebrigens hat Goldwyn über seine Unternehmung, die einen ganzen Tag gedauert hat, mitgeteilt, Shaw habe sehr viel mehr aus ihm herausbekommen, als er aus Shaw.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 24. Februar 1926.

Der Abschied der Oesterreicher.

Solche Menschenmassen in solcher Freude und Begeisterung hat Magdeburg seit den Revolutionstagen nicht mehr auf den Straßen gesehen, wie am Dienstag nachmittag vom Staatsbürgerplatz bis zum Bahnhof, zum Abschied der österreichischen Brüder. Es war eine überwältigende Kundgebung der Sympathie und Verbundenheit mit den Deutschen in der Republik Oesterreich, eine gewaltige, herzerhebende Betonung der Zusammengehörigkeit der jetzt noch getrennten deutschen Stämme. Magdeburgs republikanische Bevölkerung, Männer, Frauen und Kinder, war auf den Beinen, um den Oesterreichern Lebenswohl zuzuwenden. Den überwältigenden Eindruck dieses Massenwillens zur deutschen Einheit, den das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die republikanische Schutzorganisation, lebendig gemacht hat, konnten sich selbst die rechts gerichteten, dem Republikanertum teilnahmslos oder gar feindlich gegenüberstehenden Kreise unserer Elbsstadt nicht entziehen, wenn sie auch mit dem Herzen und dem Willen nicht dabei waren. Jene Kreise, deren Sprachrohr die bürgerliche Presse ist, machen zwar gern in Patriotismus, gebärdend sich recht national und völkisch, aber für die deutsche Einheit haben sie verflucht wenig getan.

Lange genug war bekannt, daß die Oesterreicher am Dienstag Magdeburg einen Besuch abstatten werden, der einer Bekundung deutschen Einheitswillens dienen sollte, aber keine der bürgerlichen Zeitungen hat es für nötig gehalten, das Bürgergut auf den Besuch hinzuweisen, geschweige den Oesterreichern einen Begrüßungsartikel zu widmen. Die sich immer so national, so treudeutsch gebärdenden Blätter des Magdeburger Bürger- und Spießertums haben durch ihre Passivität zum Besuch der Oesterreicher national vollkommen verjagt. Kein Mensch wird ihnen mehr glauben, wenn sie je wieder mal von Deutschum, Patriotismus oder nationaler Gesinnung sprechen sollten. Sie sind national unzuverlässig, wie die Kreise, für die sie geschrieben werden. Das reaktionäre und das ängstliche Bürgergut ist nur für einen Nationalismus zu haben, bei dem ihr Egoismus auf seine Kosten kommt, bei dem ihr Nationalismus nicht Schaden erleidet und bei dem sie ihre reaktionären Gelüste befriedigen oder ihren neutralen Knechtsinn betätigen können. Die reaktionären Kreise hemmen den nationalen Willen des deutschen Volkes; denn sie verfolgen nur Sonderinteressen, sei es konjunkturpreußisch oder bürgerlich-partikularistisch. Die deutsche Einheit ist den Monarchisten ein Dorn im Auge, wie sie es den deutschen Fürsten, von den Hohenzollern bis zu den Wittelsbachern, immer gewesen ist. Nur ein Republikaner, aber kein Reaktionär, kennt die echte, wahre Vaterlandsliebe, die Sehnsucht nach dem deutschen Einheitsstaat, nach dem deutschen Nationalstaat in Freiheit und Größe, der nur möglich ist unter der Republik, das behauptet mit Recht auf dem Reichsbanneritag in Hamburg der Demokrat und preußische Finanzminister Brüder-Nachhoff.

Die machtvolle Kundgebung des Reichsbanners und des österreichischen Schutzbundes für die deutsche Einheitsrepublik in Magdeburg hat gezeigt, welchen Schwichten es Ernst ist mit dem Deutschum. Die demokratischen Kräfte im werktätigen Volk, geweckt durch das Reichsbanner, haben das von den Reaktionären zum Stellvertreter für freien Menschen herabgewürdigte Wort „Nationalismus“ zu dem gemacht, was es sein soll: das echte vaterländische Empfinden, entstanden aus dem Heimatgefühl der deutschen Stämme, erlärnt zum deutschen Nationalbewußtsein, das dem des Frankreichs in der großen Revolution gleicht.

Der Triumphzug zum Bahnhof.

Die Begeisterung der Magdeburger beim Abschied der Oesterreicher läßt sich einfach nicht beschreiben. In den Straßen zum Bahnhof herrschte ein lebensgeföhliches Gedränge. Die Oesterreicher kamen zum Standparade mit den Familien ihrer Wirte in herzlichem Einvernehmen angetan. Mancher Oesterreicher hatte ein Kind der Wirtin auf dem Arm. We waren mit Blumen geschmückt und hatten schwarzgoldene Fäden angeheftet. Die Reichsbannerabzeichen leuchteten auf den schwarzen Fäden der Oesterreicher, und mancher Reichsbannermann trug das Abzeichen des österreichischen Schutzbundes an der Hüfte.

Vom Zentraltheater bis zum „Steinernen Tisch“ nahmen die Oesterreicher Aufstellung, und dann marschierten die Kameraden von Reichsbannerkameraden mit vielen Fahnen an den österreichischen Kameraden vorbei; anschließend erlösten die „Freunde“ den „Kampf“ und dann letzte die Kapelle der Oesterreicher mit dem Abschiedslied ein: „Auf! dem zum Städtelein hinaus“. Unter dem Jubel der Bevölkerung ging der Marsch der österreichischen Gäste langsam durch das Gewühl der Menschen hindurch. Vor dem Hause der „Volkshütte“ und am Bahnhof war der Jubel am stärksten.

Auf dem Bahnhofsplatz spielten sich ergreifende Abschiedsszenen ab. Alles drängte sich um die Oesterreicher und wollte sie nicht verlassen. Auf Wiedersehen in Wien! beschieden die Reichsbannerkameraden. Die österreichischen Kameraden waren mit schwarzgoldenen Girlanden und Fahnen bedrängt. In einem einzigen abendlichen Schrei ging die Abfahrt des Zuges unter.

Die Gastfreundschaft und Opferwilligkeit.

Die Magdeburger republikanische Bevölkerung hat wieder eine Gastfreundschaft bewiesen gezeigt. Alle haben die Oesterreicher herzlich aufgenommen und gut bewirtet. Die Oesterreicher waren bei jedem Schritt über die Gastfreundschaft der Magdeburger. Hier nicht nur die Magdeburger haben Opfer gebracht. Auch aus der Umgebung von Magdeburg waren die Republikaner zum Gastgeben der Oesterreicher nach Magdeburg gekommen. In fünfzig Familien, mit der Eisenbahn und auf Lastwagen waren sie gekommen, um die Oesterreicher zu sehen und die Stadt der Gastfreundschaft auf sich wirken lassen.

Um 20 Oesterreicher wurden beschuldigt von den bürgerlichen Parteien abgelehnt und konnten ihren Vertrag nicht wahr machen; sie blieben zur Strafe ihrer Willkür noch im Kitzelhaus sitzen bis zum 1. März.

Solche Aufmerksamkeiten der Reichsbannerkameraden auf sich zuwenden haben, um am Reichsbanneritag teilzunehmen, ist ihnen zu erweisen, daß ständig Redaktionen in Magdeburg von der Stadt aus Werbung in ihre Heimat in Magdeburg Station machen. Die mit Aufmerksamkeiten nach Magdeburg gekommenen Magdeburger sind auf der Rückfahrt in Gardelegen liegengeblieben, ein Teil ist auf der anstehenden Fahrt zu Fuß nach Magdeburg unterwegs.

Eine ganz besondere Leistung haben 62 Oesterreicher vollbracht. Sie sind 6 Wochen lang von Wien nach Hamburg zu Fuß marschiert und haben ein Dutzend Fuß von Hamburg wieder zum Bahnhof angebracht. Diese gewaltige Marschleistung — und es waren nicht nur Oesterreicher, die zu Fuß nach Hamburg marschiert sind, sondern auch Russen, Engländer und Magdeburger — zeigt, welcher Geist in den republikanischen Schutzorganisationen Deutschlands und Oesterreichs lebt.

Lohnbewegung in der Metallindustrie.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband, Bezirk Halle, nahm in einer am Dienstag den 23. Februar in Halle tagenden Vollversammlung und Geschäftsführer-Konferenz zu der vom Verband mitteldeutscher Metallindustrieller ausgesprochenen Kündigung der Lohnaufsätze der Tarifgebiete Anhalt, Halle, Magdeburg Stellung. Nach instruktiven Ausführungen des Bezirksleiters Köppler beschloß die Konferenz einmütig nachstehenden Aufruf:

An die Metallarbeiter!

Kollegen und Kolleginnen! Der Verband mitteldeutscher Metallindustrieller hat das Lohnabkommen gekündigt und verlangt einen allgemeinen Lohnabbau. Das jetzige Lohnabkommen besteht seit Oktober 1925. Obwohl der seinerzeit durch Schiedsgericht festgelegte Lohn keineswegs den damaligen und auch den jetzigen Verhältnissen entspricht, nahmen die Kollegen davon Abstand, eine weitere Erhöhung des niedrigen Lohnes zu verlangen. Nichtsdestoweniger gingen die Metallindustriellen dazu über, zum Teil unter Nichtbeachtung der tariflichen Bestimmungen, die Marktpreise und hier und da auch den Stundenlohn zu reduzieren. Ueber berechnete Einwendungen der Arbeiterschaft gingen die Unternehmer rigoros zur Tagesordnung über; jetzt antworten sie mit einer Forderung auf allgemeinen Lohnabbau.

In den nächsten Tagen und Wochen werden die Verhandlungen geführt und die Organisationsleitung wird alles tun, um die Interessen der Kollegen und Kolleginnen nach jeder Richtung hin zu wahren. Wie weit es möglich sein wird, die Angriffe der Metallindustriellen auf dem Verhandlungswege abzuwehren, wird sich recht bald zeigen. Die Metallarbeiter sind keineswegs gewillt, Verschlechterung ihrer Lebenshaltung hinzunehmen.

Wir fordern euch deshalb auf, alle Kollegen mobil zu machen und den Widerstand zu organisieren! Müht die nächsten Tage und Stunden zur Stärkung der Organisation! Tragt dafür Sorge, daß alle Metallarbeiter und Metallarbeiterinnen sich unverszüglich dem Deutschen Metallarbeiterverband anschließen, um so den Angriffen der Metallindustriellen in geschlossener Phalanx begegnen zu können!

Vereinzelt sind wir nichts, vereinigt riesenstark!

Der Magistrat zum Mieterchutz.

Der Mieterverein schreibt uns: In dem Streit zwischen Mietern und Vermietern auf dem Rathaus über Abbau oder Aufrechterhaltung der Mieterchutzgesetze ist eine erfreuliche Klärung eingetreten. Der Magistrat hat am 20. Dezember 1925 an den Regierungspräsidenten als Bezirkswohnungskommissar folgende Eingabe wegen Gefährdung der Wohnungswirtschaft durch die geplante Neufassung des Mieterchutzgesetzes gerichtet:

„Der uns vorliegende neue Entwurf zum Reichsmieterchutzgesetz veranlaßt uns, Stellung zu nehmen. Schon unter dem jetzt geltenden Mieterchutzgesetz mit seiner immerhin weitgehenden Anerkennung des Anspruchs auf Ersatzraum entstehen in der Praxis erhebliche Schwierigkeiten bei den oft vorkommenden Fällen, in denen Räumungsschuldner mit Räumungsurteil ohne Ersatzraum untergebracht sind. Wir erinnern an den Schriftwechsel zwischen dem Magistrat und dem Regierungspräsidenten betreffend die Unterbringung von obdachlosen Familien im letzten Sommer. Hier war es schon notwendig, als Hilfsmittel in der Besprechung vom 26. Juni 1925 über die Obdachlosenfrage vorzugehen, daß den gerichtlichen Räumungsurteilen ohne Ersatzanspruch künftig durch Zahlung von Mietzuschüssen u. a. nach Möglichkeit vorgebeugt wird. Zurzeit nun gibt es

500 Räumungsschuldner in Magdeburg,

von denen ungefähr 350 den Schutz des § 16 des Mieterchutzgesetzes genießen, 120 aber Räumungsschuldner mit sofort vollstreckbarem Urteil sind.

Hier liegen für Wohnungsamt und Polizei bereits Schwierigkeiten vor, die nur mit größter Mühe überwinden werden können. Durch den Ministerialerlaß betreffend polizeiliche Unterbringung Obdachloser vom 22. September 1925 sind diese Schwierigkeiten noch vergrößert worden; aber sie erscheinen gering gegenüber denen, die entstehen müssen, wenn unter einem neuen Mieterchutzgesetz nach dem vorliegenden Entwurf die Zahl der Obdachlosen weiter ganz erheblich ansteigt.

Wir verweisen auch auf die lebhafte Verunsicherung über die geplante Verschlechterung, die sich der Öffentlichkeit bemächtigt, und bitten zu erwägen, ob nicht die hier drohende erhebliche Vermehrung der Fälle wirklicher Obdachlosigkeit angeht, die sich verschärfenden Wirtschaftskrise und des fast zunehmenden Arbeitsmangels zur Vermeidung öffentlicher Unruhen unterlassen werden sollte. Es braucht nicht dargelegt zu werden, daß die Obdachlosigkeit auf die von ihr Betroffenen äußerst demoralisierend wirkt. Unsere Stellungnahme gegenüber dem neuen Entwurf dürfte wohl von allen Wohnungsämtern und den zuständigen Polizeistellen geteilt werden.“

Ein Mädchenheim in Magdeburg?

Der Magistrat hat in einer seiner letzten Sitzungen die Errichtung eines Zufluchtsheims für gefährdete junge Mädchen zunächst abgelehnt, da mit Rücksicht auf die schwierige Finanzlage ein Betrag von 20 000 Mark zurzeit nicht bereitgestellt werden könne. Insbesondere soll erst das Vorgehen der Stadtmission, die die gleichen Ziele verfolgt, abgewartet werden.

Diese Zurückhaltung gibt Veranlassung, auf die Notwendigkeit der Errichtung eines Mädchenheims schließlich aufzuweisen zu machen. Es gibt in Magdeburg nur ein Obdachlosenheim, das alle aufnehmen mag. Jedoch ist hier die Unterbringung außerordentlich primitiv und nur für den vorübergehenden Notfall gedacht. Der Aufenthalt ist befristet mit 3 Tagen. Dieses „Heim“ ist keineswegs so heimlich, daß sich jemand dort normalerweise länger Zeit aufhalten möchte. Was aber wird besonders mit den Mädchen, die auf Obdach angewiesen sind und dort nicht bleiben können, oder wollen? Oder was tun diejenigen, die gar nicht erst dort eingehen?

Es gibt, wie wir anderswo, in Magdeburg sogenannte Herrschaften, die sich mit Vorliebe zur Verrichtung ihrer häuslichen Arbeiten ihre Bediensteten aus Baiernhäusern oder aus ähnlichen Instituten holen. Unter dem Mantel der Nützlichkeit, den Mädchen etwas zu lernen und sich der bedauerlicherweise Geschäfte anzunehmen zu wollen, werden diese recht bald zum Fieberherd „erzogen“. Dem „Gnädigen“ kommt es dabei in erster Linie auf Geldverdienen an. Anstatt eine vollwertige Hausangestellte in Dienst zu nehmen, der 30 oder 40 Mark zu bezahlen wären, gibt man sich als Lehrherrin aus und läßt sich die größten Arbeiten von den eben schulungslosen Mädchen ohne geldliche Bezahlung verrichten: Teppichputzen, Küchendienst, Waschen, Kochen, Zimmer reinigen und so weiter.

Dabei läßt häufig die Behandlung und Verpflegung sehr zu wünschen übrig. Bei der unendlichen langen Arbeitszeit ist kaum eine Ruhepause für die unglücklichen. Immer wieder hört man von Fällen der Anwesenheit und Inanspruchnahme schlimmster Art. Und nicht nur die Jugendlichen können ein Leid von herrschaftlicher „Bildung und Vornehmheit“ jungen, sondern auch die älteren Hausangestellten müssen die Klagen der Mädchen, die vorbildlich sein will, ruhig eingestehen. So manche Bedienstete hat ihre

„längjährige treue Pflichterfüllung“ bei derselben Herrschaft nur deshalb zu verzeichnen, weil sie sich von dem Gang in's Irge-misse scheute, da sie weder Eltern noch Freunde in der Welt hatte, die sich ihrer annehmen. So schufte sie dann weiter, auch weil sie fürchte, daß es bei andern Herrschaften auch nicht besser sei!

Kommt eine solche Hausangestellte dann einmal doch in die unangenehme Lage, sich verantworten zu müssen, dann kann sie bald ihr Bündel schnüren. Oder kann sie die Arbeit nicht mehr leisten wegen Ueberarbeitung, Krankheit und dergleichen, dann ist sie verurteilt. Es entstehen dann noch Streitigkeiten wegen Herausgabe der Papiere und ihrer Sachen, ehe man sie ziehen läßt. Sie schlüpfen dann wohl zunächst irgendwo unter, um sich um andere Arbeit bemühen zu können. Findet sie nicht bald etwas Passendes, so ist sie wieder aus naheliegenden Gründen gezwungen, das erste Beste anzunehmen. Oft beginnt dann der alte Tanz von neuem. Sie ergibt sich langsam in ihr Schicksal, wie die Bekannte, die nach 12jähriger Dienstzeit auf einer Stelle zu wechseln gezwungen war und nun innerhalb eines Jahres acht „Gnädige“ hatte. Darunter befand sich nicht eine, die Verständnis für menschliche Behandlung ihrer Bediensteten zeigte.

Hier könnte ein Mädchenheim ganz bedeutende kulturelle Arbeit leisten, den Weg zum wahren Menschentum auch für diese Mitmenschen bahnen helfen. Solches Heim müßte jedoch frei von jeder konfessionellen oder politischen Bindung sein. Es dürfte nicht nur ein Obdachlosenheim, sondern eine Stätte frohen Schaffens werden. Es wäre sehr gut denkbar, mittellose und alleinstehende Mädchen dort hauswirtschaftlich zu beschäftigen, ohne daß bedeutende Unkosten damit verbunden sind. Ein Kochinstitut, eine Damenschneiderei, eine Plätterei, eine Kleiderausbesserungsanstalt u. dgl. m. könnten bei geschickter Führung sehr wohl so viel Lohnende Aufträge bringen, daß die Mittel zum Unterhalt des Heims größtenteils einkämen. Weiter würde sich auch für Stellungslose launmännliche Angestellte eine Schreibstube einrichten lassen, so daß gerade auch für die Angehörigen dieser Berufsstände praktische Betätigung gegeben wäre.

Als Umschulungsinstitut von der Fabrik- oder Kontorarbeit in den hauswirtschaftlichen Beruf aber würde diese bisher so stark vermehrte Einrichtung besondere Dienste tun können. Alle Ansätze, solche Umschulungen mit Erfolg durchzuführen, scheiterten zumeist an fehlenden Einrichtungen und waren für solche Mädchen ohne Bedeutung, die zunächst erst einmal für anständiges Unterkommen auf längere Zeit besorgt sein müssen. Auch fehlte es den meisten an Mitteln, um sich monatlang solcher Ausbildung widmen zu können. Die größten Bemühungen, solche Mädchen von den anfordernden „Herrschaften“ anlernen zu lassen, endeten fast stets negativ, da zumeist nur geschultes Personal verlangt wird, weil man sich für sein Geld eben alle Arbeiten machen lassen kann und will und die Gnädigen trotz aller Pensionats-erziehung kaum selbst die Arbeiten im eigenen Haushalt so weit verstehen, um anleiten zu können. Versteht man's aber, dann werden eben möglichst junge, kräftige Haushaltslehrlinge — ohne Vorkursbildung — gesucht, um wenigstens das Größte von sich abzumögen.

Ein Mädchenheim in Magdeburg unter Kontrolle der Öffentlichkeit könnte also außerordentlich segensreich wirken, wenn man die Aufnahmebedingungen und das Arbeitsgebiet faktisch und nach wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten gestalten würde. Es eröffnen sich dadurch weitgehende Pläne, deren Erfüllung einer Großstadt durchaus würdig wären: Junggesellenheim, gemeinnütziges Frauenberufungsinstitut, Volksküche usw. Dem Magistrat ist also nur zu empfehlen, den Gedanken in diesem Sinne fortzuführen und recht bald einen Schritt weiter in seiner gemeinnützigen Bestrebungen zu tun, den viele gern und freudig unterstützen würden.

— **Mähterabend.** Am Sonnabend den 27. Februar, abends 8 Uhr, liest der Dichter Kurt Lüber (Jena) in der Aula des König-Wilhelm-Gymnasiums eigene Dichtungen.

— **Belbel-Gedenkfeste der Arbeiterjugend.** Am Sonntag abend 18 Uhr veranstaltet die Sozialistische Arbeiterjugend im Frankfurter Jugendheim eine Belbel-Gedenkfeste. Als Redner ist der Genosse Franz Lühls (Berlin) gewonnen, der über das Leben und Wirken August Belbels ein bedeutendes Werk verfaßt hat und vielen Magdeburgern von seiner Tätigkeit in Magdeburg her bekannt sein dürfte. Alle Parteigenossen und -genossinnen sind freundlichst eingeladen.

— **Vom Zirkus Busch.** Die Direktion des Zirkus Busch hatte die Presse zu einer Vorbesprechung geladen, in der sie darauf hinwies, daß sie vor allen Dingen danach trachte, ein rein künstlerisches, mangelfreies Programm zu bieten. Von Randberedungen habe sie grundsätzlich abgesehen und statt deren einige für Magdeburg neue Attraktions-Nummern aufgenommen, um Abwechslung und Spannung in den Spielplan zu bringen. Das Hauptinteresse der Direktion gelte traditionsgemäß der reinen Zirkuskunst, also: dem Reissport und der Acrobatik. — Die Schleifensport mit dem Auto sei eine ganz neue Sensation, die in Deutschland bisher nur Berlin und Dresden gesehen habe. Nicht als Völlerei seien die Chinesengesellschaft und die Zirkusfeste zu werten, sondern als Vertreter spezifischer Managentkunst. — Nach Ablauf der halben Gastspielzeit werde ein völlig neues Programm aufgenommen.

— **Sommerüberzüge in den Harz.** Der Harz soll im kommenden Sommer eine Reihe neuer Züge aus den Richtungen Leipzig, Berlin und Hannover erwarten. Der neue Fahrplan sieht vor, den Verkehr von Besten her auf dem Bahnhof Goslar abzubauen und über Wernigerode, Halberstadt, Thale weiterzuführen, während er von Osten her in Halberstadt verteilt werden wird. Ab 15. Mai wird ein Zug Leipzig—Galle—Halberstadt—Silbesheim—Hannover ab Leipzig 6.20 morgens, an Hannover 11.45 mittags mit günstigen Anschlüssen fahren. Der Gegenzug wird abends 6 Uhr Hannover verlassen und um 9 Uhr Halberstadt erreichen. Als weitere Verbesserung wird eine Mittagsverbindung von Köln über Halberstadt nach Leipzig morgens 7 Uhr verläßt und etwas nach 8 Uhr in Halberstadt eintreffen wird. Die so sehr nötige Abendverbindung ab Berlin über Magdeburg—Halberstadt nach Braunschweig, die der Harz dringend braucht, ist wieder einmal noch nicht zu erreichen gewesen. Der Einsatz von Triebwagen wird aber in nächster Nähe als bisher erfolgen, da die Wagen nach dem Einbau von größeren Akkumulatoren größere Entfernungen bewältigen können.

— **Gasparat.** Zurzeit machen sich in Magdeburg wieder Agenten mit „Gasparat“ bemerkbar. Oft bezeichnen sie sich irreführend als vom Gaswerk beauftragt. Unter fabelhaften Versprechungen wird ein Stück gerolltes Blech, ein Drahtstück oder eine Drahtrolle in den Brenner eingeschoben. Wert höchstens 2 Pf., Bezahlung 1 bis 3 Mark. Diese Körper sollen das Rückgrat verhindern und den Gasverbrauch selbstverständlich auf die Hälfte herabsetzen. Tatsächlich sind diese „Spater“ aber eine Gefahr, denn das Gas tritt oft unbrauchbar in den Raum aus und hat schon zu Schädigungen und Unglücksfällen Anlaß gegeben. Das Gaswerk ist auf Anruf (Rathaus 226) bereit, die Unrichtigkeit der märchenhaften Behauptungen im Beisein des „Gasparat“-Agenten nachzuweisen.

— **Mähtung, Zimmerer!** Alle Kameraden werden auf das heutige Fest aufmerksam gemacht. Es ist unsere Pflicht, da die Ausbildung unserer Lehrlinge nach unserer Auffassung äußerst mangelhaft ist, hier nachzuhelfen. Unsere Lehrlinge werden während ihrer dreijährigen Lehrzeit als Mädchen für alles betrachtet, und können als tüchtige Junggesellen nicht angesehen werden. Wir müssen als Gewerkschaftler unsere Jungkameraden zu tüchtigen Gesellen heranbilden. Alles Weitere wird am Sonntag den 28. Februar auf dem Zimmerplatz Bauhütte besprochen werden.

Abbau im Reichsnappschaffsgesetz.

Der Reichstag hat den Gesetzentwurf über Abbaue- rung des Reichsnappschaffsgesetzes nach der ersten Beratung im Plenum dem Sozialen Ausschuss über- wiesen, der seit längerem darüber berät. Daß es im Kampfe um den Ausbau der Sozialversicherung für die Arbeiter und Angestellten des Bergbaues der Anspannung aller Kräfte bedarf, braucht nicht besonders betont zu werden. Auf der Gegenseite steht die deutsche Schwerindustrie, die ge- wohnt ist, rücksichtslos vorzugehen. Sie ist auch gewohnt, daß die Regierung nach ihrer Pfeife tanzt. Die Regierung versucht das schamhaft zu verschleiern, indem sie in der Be- gründung zu ihrem Gesetzentwurf erklärt, daß dieser einen Ausgleich zwischen den sozialen Bedürfnissen der Bergarbeiter und ihrer Familien einerseits und den berechtigten wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Bergbaues andererseits herbeiführen will.

Bei der Novellierung des Reichsnappschaffsgesetzes handelt es sich vorwiegend um drei Fragen: Ausbau der Versicherungsleistungen, Aufbringung der Mittel und Aus- bau der Selbstverwaltung.

Die Notwendigkeit der obligatorischen Einführung der Familienhilfe wird allgemein anerkannt; auch in der Novelle ist sie vorgesehen. In der ersten Beratung des Ge- setzentwurfs hat der Sprecher der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Abgeordneter Janzschek, gezeigt, welche verheerenden gesundheitlichen Folgen die Verweige- rung der Einführung der Familienhilfe als freiwillige Mehrleistung durch die Unternehmer gehabt hat. In einem ärztlichen Gutachten heißt es, daß infolge des Verzagens der Familienhilfe der Arzt

nur zur Ausstellung des Totenscheins

oder in ganz schwierigen Fällen geholt wird. Ausgestellte Rezepte werden trotzdem in der Apotheke, meist nicht vor- gelegt, weil kein Geld zur Bezahlung vorhanden ist.

Daß solche entsetzlichen Zustände einreihen konnten, ist auch die Schuld des Reichsarbeitsministeriums. Die Ver- weigerung der Familienhilfe sollte die Arbeiter und An- gestellten veranlassen, in den von den Unternehmern ge- wünschten Abbau der Altersrenten einzuwilligen. Wenn jetzt die Familienhilfe als Pflichtleistung eingeführt wird, so ist das nur die Wiederherstellung eines bereits früher vorhanden gemeinen Zustandes.

Vor Schaffung des Reichsnappschaffsgesetzes hat die Familienhilfe als freiwillige Mehrleistung immer bestanden und der Gesetzgeber hat selbstverständlich angenommen, daß an diesem Zustand nichts geändert würde. Sonst wäre bereits bei Verabschiedung des Reichsnappschaffsgesetzes die obligatorische Einführung der Familien- hilfe erfolgt. Heute benutzt die Reichsregierung die von ihr vorgeschlagene obligatorische Einführung der Familien- hilfe, um besonders

den Abbau der Altersrente

und eine Verschlechterung der Bestimmungen über die gleitende Pensionsrente zu fordern. Deshalb wurde auch die Einführung der Familienhilfe als freiwillige Mehrleistung mit allen Mitteln verhindert.

Wie frivol die Verweigerung der Einführung der Fa- milienhilfe als freiwillige Mehrleistung war, geht wohl aus der Tatsache hervor, daß die Mehraufwendungen dafür von sachverständiger Seite auf 12 Millionen Mark im Jahre ge- schätzt werden. Wegen dieses im Grunde genommen gering- fügen Betrags hat man die Familienangehörigen den größten gesundheitlichen Schädigungen ausgesetzt! Man kann unmöglich behaupten, daß die Aufbringung dieser 12 Millionen den Zusammenbruch des Bergbaues zur Folge gehabt hätte.

Die Mehraufwendungen für die Familienhilfe sollen eingepart werden besonders auf Kosten der Alters- rentner. Nun haben aber die Verhandlungen im Reichs-

wirtschaftsrat und die Vernehmung von Sachverständigen mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß diese Rechnung falsch ist.

Im September 1925 belief sich die Zahl der Alters- pensionäre im Reichsnappschaffsverein auf 31 223; die Ge- samtbelastung im September betrug für Alterspensionen 2 392 200 Mark. Unter diesen Alterspensionären befindet sich jedoch eine sehr große Zahl von Invaliden. Würde man die in der Novelle geforderte

Erhöhung der Altersgrenze

für die Altersrentenempfänger von 50 auf 55 Jahre vor- nehmen, so wäre nach den Angaben des langjährigen Ver- sicherungsmathematikers der Ruhrnappschaff, Dr. Zimmer- mann, die Einsparung ganz unerheblich. Der größte Bezirksnappschaffsverein ist die Ruhrnappschaff; sie weist des- halb auch die größte Zahl der Alterspensionäre, nämlich 24 436 auf. Bei dem Bezirksnappschaffsverein wäre nach den Angaben von Dr. Zimmermann die Folge der Herauf- setzung der Lebensaltersgrenze auf das 55. Lebensjahr, daß 60 Prozent an Stelle der Alterspension die Invalidenpension beziehen würden, weil sie, ohne 55 Jahre alt zu sein, be- ruksunfähig sind; 20 Prozent würden die Alterspension weiter beziehen, weil sie das 55. Lebensjahr überschritten haben und 20 Prozent würden ausfallen.

Daraus ergibt sich, daß einmal der größte Teil der Alterspensionäre keine wirklichen Altersrentner, sondern Invaliden sind. Die Novelle fordert nun die

Heraufsetzung des Alters auf das 55. Jahr

und die Herabsetzung der Alterspension auf 60 Prozent der verdienten Invalidenpension, die mit jedem Jahre einer späteren Beantragung sich um 4 Prozent steigert, so daß nach weiteren zehn Jahren, also mit dem 65. Lebensjahr, die volle Invalidenpension erreicht ist.

Überträgt man die Verhältnisse der Ruhrnappschaff auf den gesamten Reichsnappschaffsverein, wozu man durch- aus berechtigt ist, dann errechnen sich die von der Novelle ge- forderten Verschlechterungen der Altersrenten auf rund 15 Millionen im Jahre. Man kann also unmöglich sagen, daß ein solcher Abbau notwendig ist, weil das die „berechtigten wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Bergbaues“ erfordern. Der Bergbau ist sehr wohl in der Lage, diese Lasten zu tragen. Eine gut ausgebauten Sozialversicherung schädigt überhaupt nicht den Bergbau; sie ist vielmehr die Voraus- setzung einer gedeihlichen Entwicklung.

Die wirklichen Gefahren für den Bergbau liegen in dem ungeheuren Raubbau, der mit der menschlichen Arbeits- kraft getrieben wird. Das durchschnittliche Invaliditäts- alter mit 41 Jahren beweist zur Genüge das Ausmaß dieses Raubbaues an der menschlichen Arbeitskraft. Wir müssen uns endlich davon frei machen, in den toten Produktions- einrichtungen die einzigen volkswirtschaftlichen Grundlagen zu sehen. Das entspricht einer falschen privatwirtschaftlichen Betrachtungsweise, die uns geradezu ins Verderben führt. Auch für den Bergbau ist die Arbeitskraft das wich- tigste volkswirtschaftliche Gut, das in erster Linie zu schützen ist.

Wir sind deshalb der Auffassung, daß nicht nur die alten Bestimmungen über die Alterspension beizubehalten sind; die Novelle muß eine Benachteiligung jener Knappschaffs- versicherten, die nicht wesentliche bergmännische Arbeit ver- richten und jetzt keinen Anspruch auf die Alterspension haben, beseitigen. Auch das

Prinzip der gleitenden Rente

ist in vollem Umfang beizubehalten. Das Reichsnapp- schaffsgesetz hat durch die Einführung dieses Prinzips einen prinzipiell wichtigen sozialpolitischen Fortschritt für die ge- samte deutsche Sozialversicherung eingeleitet. Was für die Pensionierung der Staatsbeamten selbstverständlich ist, das sollte eigentlich für die Arbeiter und Angestellten durch Aus- bau der Sozialversicherung auch selbstverständlich sein. Für

die Angestellten des Bergbaues ist noch von besonderer Be- deutung, daß die Novelle eine gesetzliche Festlegung des Be- schlusses des Reichsnappschaffsvorstandes vom 28. Januar 1925 über die Berechnung der Angestelltenpension für die vor dem 1. Januar 1924 zurückgelegten Dienstzeiten bringt.

Nach der Denkschrift des Reichsarbeitsministers über die Sozialversicherung betragen die Einnahmen der Knapp- schafflichen Pensionsversicherung 1924 für die Arbeiter 131,4 Millionen Mark, die Ausgaben 84,3 Millionen Mark, für die Angestellten die Einnahmen 16,6 Millionen, die Ausgaben 6,5 Millionen Mark. Es war also möglich, eine erhebliche Reserve anzusammeln. Von einem reinen Um- lageverfahren kann deshalb nicht gesprochen werden. In letzter Zeit ist häufig die Notwendigkeit eines Abbaues der Leistungen mit dem Hinweis begründet worden, daß die Entwicklung des Versichertenbestandes die Aufbringung der Mittel gefährde. Auch diese Angaben halten einer ernst- haften Prüfung nicht stand. Westensfalls beweisen sie nur die Richtigkeit unserer Forderung nach einer Vereinheit- lichung der gesamten Sozialversicherung.

Für diese künftige Vereinheitlichung, wie sie auch die Reichsverfassung verheißt, hat das Reichsnappschaffsgesetz manch vorbildlichen Weg eingeschlagen; ihn weiterzugeben, muß das Ziel einer Novellierung des Reichsnappschaffs- gesetzes sein. Dazu gehört nicht zuletzt der Ausbau der Selbstverwaltung. Die aufgetretenen Mängel bei der Durchführung des Gesetzes sind zum erheblichen Teil auf die mangelhafte Konstruktion der Selbstverwaltung zu- rückzuführen. Diese Mängel lassen sich beseitigen, wenn die Versicherten den maßgebenden Einfluß erhalten, wie das die Reichsverfassung vorsieht. —

Erklärungen zum Wirtschaftsprogramm.

Am Dienstag abend überreichten die freigewerkschaft- lichen Spitzenverbände, der Allgemeine deutsche Gewerk- schaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Allgemeine deutsche Beamtenbund im Bundesbureau des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes Vertretern der Presse die von den Gewerkschaften ausgearbeitete Denkschrift über die deutschen Wirtschafts-, Finanz- und Produktions- verhältnisse, die wir gestern schon im Wortlaut veröffent- lichten.

Grafmann, Eggert und Spliedt legen eingehend den Zweck der Denkschrift dar, die den Standpunkt der freien Gewerkschaften gegenüber dem Wirtschaftsprogramm des Reichsverbandes der deutschen Industrie zum Ausdruck bringen soll. Insbesondere betonte Eggert, daß an eine Wiedererrichtung der zentralen Arbeitsgemeinshaft nicht zu denken sei. Trotzdem lassen sich die deutschen Gewerkschaften nicht ausschalten, wenn es heißt, zum Wohle der deutschen Wirtschaft zu raten und zu taten. Heute gelte es, alle Mittel zu ergreifen, um die drei Millionen Erwerbs- losen wieder in den Produktionsprozess einzubeziehen.

Grafmann unterstrich, daß es den Gewerkschaften darauf ankomme, den letzten Arbeiter solange wie möglich im Be- trieb zu halten. Sie wollen keine Staatspensionäre er- ziehen. Sie müssen aber darauf bestehen, daß Fürsorge ge- troffen wird, damit die Arbeitskraft des deutschen Qualitäts- arbeiter der deutschen Wirtschaft erhalten bleibt.

Spliedt ging auf das äußerst wichtigste Gebiet der So- zialpolitik ein. Er stellte fest, daß die Unternehmer die gegenwärtige Krise benutzen, um Kündigungen der Tarife vorzunehmen. Selbstverständlich würden die Gewerkschaften ein solches Vorgehen nicht kampflos hinnehmen. Ein solcher Kampf muß volkswirtschaftlich schädliche Folgen haben. Er werde den Arbeitern aber vom Unternehmertum aufge- zwungen! —

Die Passion.

Roman von Klara Wiebig.

(60. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Eva schlief mit der Freundin ihrer Mutter in einem Bette. Freilich das rosa Bett, das Feenbett, das wie ein Märchen noch lange bei ihr nachgepulst hatte, war es nicht mehr. Ein Bett war es, wie alle anderen Betten auch; nichts von atlasner Stepp- bede mehr, nur eine einfache rotwollene lag darüber. Aber es war jauber. Wenn das Fräulein Helene nun auch nur noch Lenchen Bunte war, auf das Bett hielt sie, es wurde öfter frisch überzogen. Eva mußte Wasser aufsetzen im Teekeffel, und dann wuschen sie miteinander das Laten, die Bezüge in einem Heinen Suber und spülten und bläuten im Waschboden.

In jener ersten Nacht schlief Eva so süß, wie sie, seitdem ihre Mutter tot war, nie mehr geschlafen hatte. Sie hatten erst noch lange miteinander geschwätzt. Eva war, trotz aller Müdig- keit, viel zu erregt, um gleich schlafen zu können, und die andre viel zu neugierig, sie wollte gern alles wissen. Sie tat unend- liche Fragen. Und Eva, die nie, seit Jahren nicht mehr, einer Seele — auch Vetter Albert nicht — sich hatte ganz anver- trauen können, schüttelte hier aus. Dahin ging es, wie man einen Eimer schmutzigen Wassers ausleert; sie schüttelte aus ohne Vorzicht — mochte es spritzen! — hier brauchte sie sich nicht in acht zu nehmen, nicht vorzüglich zurückzuhalten, nicht manches heimlich beiseite zu gießen. Die hier neben ihr lag, sie mit ihren Armen umschlang, war auch ihre Freundin. Ver- stand alles.

Und trotzdem goß Eva die letzte trübste Reige nicht aus. Etwas behielt sie doch zurück und verschwieg es. Es war ja auch schon genug. Sie konnte oft nicht weitererzählen vor Weinen. Nun sie im sichern Port angelangt war, kam ihr das unendliche Meer trauriger Tage, durch das sie geschifft, doppelt traurig und unendlich vor.

Lenchen Bunte war ganz hingegenommen von der Erzäh- lung. „Nee, so was, nee, so was,“ sagte sie immerfort. Wenn Eva gar zu sehr weinte, schimpfte sie auf die verfluchte Banne und küßte dem Mädchen die Tränen von den Wangen. Weides tat Eva unjagbar wohl. Sie fühlte fast eine Sonne, im eignen Leid zu waten, sie sah sich selber als Märtyrerin. Als die andre längst anfang zu gähnen, nur noch verschlafen hie und da durch unverständliches Gemurmel ein Zeichen des Zuhörens gab, erzählte sie immer noch. Endlich aber hatte der Schlaf dann

auch sie überkommen. Ihr bleiches Köpfchen mit dem ber- wirrten Haare senkte sich, sie atmete tief und gleichmäßig.

Am Büßen der gutmütigen Dirne, die selber nie ein lebendiges Kind gehabt, in der aber diesem berirrten Kinde gegenüber alles, was an Mütterlichkeit im Weibe ist, sich regte, schlief Eva den ersten ruhigen Schlaf. —

Lenchen Bunte und Eva Wilkowitz kamen sehr gut mit- einander aus. „Meine Nichte,“ hießte die Bunte das junge Mädchen vor. Sie kaufte Eva einen hübschen Strohhut, der sie gut kleidete, und auch ein bunteschmücktes duftiges Sommer- Kleidchen. Eva sah ganz anders darin aus, als in all den aus- Altem zurechtgeschneiderten, doch nie ganz passenden Kutten, in die man sie bis jetzt gesteckt hatte.

Es waren eigentümliche Blide, die Eva trafen, wenn sie mit der „bienen Lene“, wie die Bunte bei den Nachbarn hieß, Arm in Arm ging. Über sie bemerkte diese Blide nicht. Sie fühlte sich so gut aufgehoben, so glücklich, noch glücklicher als selbst in den besten Tagen bei Frau Bayer. Hier war sie nicht die, die zu danken hatte, nicht die aus Wohlthätigkeit Aufgenam- mene, hier wurde ihr gebankt.

Lene war selig, daß sie nun was Liebes da hatte. Selbst als ihr Brautigam, August Stepphuhn — er hieß allgemein „der lacherte August“, weil er immer Lachschuhe trug — noch bei ihr gewesen war, war es nicht so schön gewesen, wenigstens lange nicht so friedlich. Der hatte gleich zugehauen, wenn sie nicht genug Geld mit nach Hause brachte. Sie konnte jetzt ohne Angst fortgehen, Eva schlief derweilen allein, und wenn sie dann wiederkam, freute die sich jedesmal so wie ein Hundchen, das seine Herrin bewillkommt. Lene hatte sich immer gern einen Heinen Hund halten wollen, ein Affenpinscherchen mit einem himmelblauen Schleiße schief über den klugen Augen, es war ihr nur zu teuer gekommen; nun hatte sie ja aber weit Besseres. Eva hielt ihr dazu noch den Haushalt gut in Or- dung, holte ein, kochte, lehrte aus und schenkte sogar einmal alles gründlich; sie selber brauchte in dieser Beziehung jetzt gar nichts mehr zu tun. Und das war Lenchen Bunte lieb, denn sie war fett und träge geworden; von dem schönen Lenchen, dessen höchstes Ideal es gewesen war, Tag für Tag unablässig auf teppichbelegtem Gange vor großen Spiegeln hin und her zu wandeln — „Wurst raus, Rauch rein, ein kochtes Rädchen um den Mund, die Hände zierlich abgeputzt — so alle fünf Mi- nuten nimmermüden Käuferinnen eine andre Toilette vorzu- führen, wußte die Bunte jetzt nichts mehr. Sie machte den Tag zur Nacht, schlief sich gründlich aus, ab ganz gut, lag im Herber oder Nachts mit ein paar Nachbarrinnen auf dem Flur,

Sie konnte recht lustig sein — oder war es Galgenhumor? Aber wenn sie einen Kümmler getrunken hatte, und sie trant öfter einen, dann wurde sie rührselig. Dann sprach sie von ihren stolzen Tagen, von dem rosa Bett mit Spitzen und Atlas, von den feinen Herren, deren sie an jedem Finger einen hatte haben können, und beschloß ihre schönen Erinnerungen mit einem betrachtenden, trüblich herausgeseufzten: „Nu is det allens nich mehr!“ Sie sprach dann auch sehr offenerzig von dem lacherten August, und daß sie eigentlich froh war, den losgeworden zu sein. Aber trotz allem hing sie doch noch immer an ihm.

„Mein Kind, den hätteste kennen sollen, als er noch forsch war! Ich sage Dir, ein Mensch wie'n Baum. Wendend! Und was sie alle ne Angst vor ihm hatten! Wenn er im Lokal nur einen schief anlickte, buchte der gleich. Ach, mein armes Köpfchen!“ — sie hieß einen tiefen Seufzer aus — „ich glaube, mit dem is's aus und vorbei. Nächsten Sonntag will ich ihn aber auch bestimmt wieder mal besuchen. Denn kommte mit, Gschien, ja? Gott sei Dank, denn bin ich ja nich so allein auf dem weiten Wege — man macht sich sonst zu viel Gedanken.“ —

Am nächsten Sonntag war Lene den ganzen Vormittag schon recht nervös; sie trennte immerfort an einem Kleid, anderie, plättete und bog die Krempen ihres Sommerhutes, vor'm Spiegel probierend, bald mehr nach oben, bald mehr nach unten, rief aber zuletzt die ganze Garnitur ab und steckte ein paar Luffs großer roter Hosen auf. Ihre Toilette dauerte heute ewlos lange. Denn zwischenwurd jetzt sie sich immer wieder auf einen Stuhl, ließ die Hände in den Schoß sinken und seufzte. Zuletzt war sie aber doch aufgepäunmt; so, elegant an- gezogen, sah sie noch immer nach etwas aus, nur nicht ganz joviell. Sie hätte sie auflesen sollen und sich auch nicht so sehr einschnüren, der starke Büßen sprengte seine Hüfte fast. Einen hellen Sonnenschirm in der Hand, in etwas zu engen Gold- färschhühen trippelnd, ging sie mit Eva fort.

Auch Eva hatte sich fein machen müssen; im jugendlich düstigen Kleid, in Schühchen, die ihr die Freundin geborgt, das Haar, das jetzt wieder länger geworden war und üppig, unterm neuen Gute schon geordnet, sah sie ganz hübsch aus.

„Wir können uns sehen lassen,“ sagte die Bunte befreidigt. Auch Eva war befreidigt, eine leise Note war ihr ins Ge- sicht gekriegen, als sie sich im Spiegel sah — es war doch schon einmal in ganz neuen Kleidern zu sein. Lieber wäre sie so heute auf den Kirchhof zum Grab ihrer Mutter gegangen, aber sie konnte der Freundin, die auf ihre Begleitung drängte, den Wunsch nicht abschlagen. (Fortsetzung folgt.)

Kanntmachung der Versammlung die Gegner besonders eingeladen waren. Soll das heißen, daß es in Stuttgart niemand gibt, der die Ansprüche der Fürsten zu verteidigen wagt? Nun ist der Anfang gemacht und jetzt hat die Arbeiterschaft die Pflicht, ihre staatsbürgerlichen Rechte auszuüben und sich zunächst in die Listen einzutragen, die den Volksentscheid fordern.

Stadtkreis Nijersleben.

Eine gewaltige Kundgebung gegen die Abfindung der Fürsten fand am Montagabend auf dem Marktplatz statt. Sie war einberufen worden von der S. P. D. und dem Reichsbanner. Zum Anschluß an die Abholung der von Hamburg wieder zurück-

Kenntnis davon; daß die Reichsregierung das von der S. P. D. und R. P. D. geforderte Volksbegehren und den Volksentscheid über die Enteignung der Fürsten zugelassen hat. Er hat aber trotzdem den Gemeindevorsteher in Lohne angewiesen, alle freigemachten Briefe, die ihm zugehen, anzunehmen, und er ersucht, das Material nochmals an den Gemeindevorsteher gehen zu lassen. Dann heißt es aber am Schlusse des Schreibens wörtlich: Zur Tragung der dort entstandenen Unkosten von 0,60 Mark ist der Gemeindevorsteher jedoch nicht verpflichtet, da ihm ein Verschulden nicht zur Last fällt. — Diese Meinung des Landrats dürfte sehr daneben gehen. Daß ferner ein Gemeindevorsteher erst vom

reichenden Privatvermögen in den Hals werfen wollen, wollen auch unsern Sieg gegen Fürstenraub und Beseitigung der schlimmsten Volksnot verhindern. Sie haben Angst, sie wüten und schwindeln, wir werden und müssen es schaffen, trotz alledem.

Die Fortführung der Theaterpielzeit bis 1. Mai. Allen Theaterfreunden wird die Nachricht willkommen sein, daß die Fortführung der Theaterpielzeit beschlossen ist. Mitglieder der Theatergemeinde, die sich für April noch nicht nachtragen ließen, werden gebeten, das Verfaumte baldigst nachzuholen; auch Neuanmeldungen für März und April werden in der Vorverkaufsstelle (Buchhandlung Rehe) entgegengenommen. Nach sehr viele Kartenabschnitte sind in diesem Monat unbenutzt geblieben. Es ist durchaus notwendig und im Interesse der Mitglieder, wenn die letzten Veranstaltungen ausverkauft sind.

Der Verkehr über die Elbe bei Langermünde wird infolge des Hochwassers mit dem Motorboot borgenommen werden. Die Fähre liegt also still.

Polizeinacht. Die Polizei teilt mit: Eine Verlängerung der Polizeistunde kommt nur für sätzungsgemäß bestehende Vereine und Gesellschaften in Betracht. Die Doffentlichkeit sowie Gesellschaften, die nur für einen Abend zusammenzutreten, sind von dieser Vergünstigung ausgeschlossen. — Festgenommen wurde ein Bettler. — Dem Privatmann L. sind in letzter Zeit 14 buschstämmige Schattennorellen im Werte von 31,50 Mark aus seinem am Sachfenwerk uneingefriedigten Garten entwendet worden. Die Stämme sind ungefähr 2/3 Meter hoch, an denen sich 1jährige, etwa 40 Zentimeter lange Triebe befinden.

Altmarkt.

Wismar. Gemeinsame Versammlung der Partei-, Gewerkschafts- und Reichsbannermitglieder sowie besonders auch der Frauen am Sonnabend den 27. Februar, abends pünktlich 7 1/2 Uhr im Verkehrslokal Benede. Parteisekretär Genosse Müller spricht über die wirtschaftliche und politische Lage, Fürstenenteignung und Sozialdemokratie. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Die Frauen müssen alle kommen wegen Gründung einer Frauengruppe.

Rochau. Oeffentliche Versammlung am Sonntag den 28. Februar, nachmittags 2 Uhr, bei Schulz. Gewerkschaftssekretär Genosse Hallmann (Stendal) spricht über „Fürstenunverschämtheit und Volksnot“.

Salzwedel. Einige Fallschpieler nahm die Polizei in der Nacht zum Dienstag in der Person mehrerer Pferdehändler und Zigeuner fest und veranlaßte diese, das unrechtmäßig erworbene Geld herauszugeben. Nach bekanntem Rezept ließ man junge Leute, die man sich als Opfer ausgesucht hatte, anzusehen gewinnen, nahm ihnen aber nachher um so mehr ab. — In einigen Dörfern des westlichen Teiles des Kreises, so z. B. in Ruffenbeck, hat man mehrere Landwirten aus dem Stalle heraus Ferkel gestohlen. Dieses Gewerbe scheint ganz eintägig zu sein. — Freitag. Das Leben nahm sich durch Erhängen in der Nacht zum Montag der Arbeiter Emil Reihge auf dem Gute Deutshorst. — Eine Frauentermsammlung ist am Donnerstag dieser Woche. Genossin Bollmann aus Halberstadt wird sprechen. Alle Parteigenossinnen müssen erscheinen. — Sehr befähigt scheinen die Gemeindevorsteher in Wöddenstedt und Kricheldorf zu sein. Sie haben die Annahme der Listen über das Volksbegehren zur Fürstenabfindung verweigert. Diesen beiden Amtspersonen wird man von zuständiger Stelle nachdrücklich die Revillen verlesen müssen. — Mit Leichenausgrabungen auf den Kriegsgefangenenfriedhöfen im hiesigen Kreise beschäftigt sich eine französische Kommission. In Salzwedel sollen die Leichen von 28 in Gefangenschaft verstorbenen Soldaten aufgenommen und in ihre Heimat übergeführt werden. Im ganzen Kreise sind etwa 60 Ausgrabungen vorzunehmen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Groß-Ottersleben. Am Freitagabend 8 Uhr findet beim Kameraden Jörn („Weißer Schwan“) unsere Mitgliederversammlung statt. Es ist Pflicht jedes Kameraden, diese wichtige Versammlung zu besuchen.

Burg. Donnerstagabend 8 Uhr bei Krause Monatsversammlung. Sonnabend 7 Uhr Mitgliederversammlung im „Schützenhaus“. Frauen und Angehörige mitbringen. Eintritt 20 Pfennig.

Kleine Chronik.

Der Hungerkünstler Jolly, der am Dienstag 25 Jahre alt wurde, hat die erste Woche seiner „Hungerfertigkeit“ in einem Berliner Restaurant beendet. Während dieser Zeit, die für ihn mit einer Gewichtsabnahme von 8 Pfund und mit heftigen Magenkrämpfen und Schlaflosigkeit verbunden war, genossen nicht weniger als 30 000 Berliner seinen Anblick. Bis jetzt hat Jolly über 500 Geiratsanträge erhalten.

Ein 1000-Tonnen-Schiffahrtskanal durch Berlin wird demnächst, nachdem die maßgebenden Regierungsstellen und die Stadt Berlin über die Anlage der ersten Teilstrecke des künftigen Großschiffahrtsweges beraten haben, bewirkt werden. Die



Vorbeimarsch beim Bundesvorstand.

kommenden Reichsbannerleute fand ein Umzug durch die Hauptstraßen statt, der sich zuletzt dem schon dicht besetzten Marktplatz zuwandte. Als der technische Leiter des Reichsbanners, Winter, einige Worte an die Menge richten wollte, suchten einige kommunistischen Leute das zu verhindern. Dann hielt Genosse Laß eine längere zündende Ansprache. Sie wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Darauf folgten sich die Massen wieder in Bewegung. Die Reichsbannerleute suchten ihre Standquartiere auf. Nun noch einige Worte über die Kommunisten. Daß sie zur Teilnahme an der Demonstration auf dem Marktplatz in den Zeitungen aufforderten, mag ihr Recht sein. Daß sie aber vom Bahnhof aus sich schon an die Spitze des Zuges setzen wollten, war, gelinde gesagt, eine Ungehörigkeit. Diefelben und ähnliche Absichten versuchten sie an andern Stellen noch ein paarmal zu verwirklichen. Die Schupo verhinderte das aber. Dabei kam es natürlich zu lebhaftesten Auseinandersetzungen und Zusammenstößen und die Spannung wuchs stark. So zum Beispiel am Tie. Schließlich behielt die Vernunft die Oberhand. Die Kommunisten können sich keine Demonstration ohne Krach denken.

Das Volksbegehren gegen die Fürstenabfindung. Wie aus einer amtlichen Bekanntmachung des Magistrats hervorgeht, liegen die Eintragungslisten in der Zeit vom 4. bis einschließl. 17. März in zwei Einzeichnungsstellen öffentlich aus. Es sind zwei Stimmbezirke gebildet worden: ein nördlicher und ein südlicher. Zu ersterem gehören die bei den letzten öffentlichen Wahlen gebildeten Stimmbezirke mit den Wahllokalen Margareten- schule, Katholische Schule, Johannis-Anabensschule, Johannis- Mädchen- schule, Anabensmittelschule, Holzmarkt- schule, für die sämtlich die Eintragungslisten im Lehrzimmer der Gewerbeschule, Seegraben 4, anliegen. Zum südlichen Bezirk gehören die bisher üblichen Stimmbezirke mit den Wahllokalen Quisenschule, Stephanischule, Gymnasium, Kaiserhof, Fleischhauer- schule, Hygeum mit dem gemeinsamen Eintragungslokal Stephanikirchhof 7 (früheres Finanzamt). Diese Einzeichnungsstellen sind geöffnet wochentags von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr und Sonntags von 9 bis 12 und 2 bis 4 Uhr. Zur Eintragung berechtigt sind nur die Personen, die das Stimmrecht zur Reichstagswahl besitzen (also das 20. Lebensjahr vollendet haben) oder bis zum 17. März 1926 noch erlangen. Ueber die Berechtigung der Eintragung haben sich die dazu bereiten Personen erforderlichenfalls anzumelden (Geburtschein, Familien- kammernbuch, Invalidentarte usw.). Für besondere Fälle werden auf dem Rathaus, Zimmer 27, Eintragungsscheine ausgestellt. Zur Erleichterung des Eintragungsgegeschäfts liegen in jedem Eintragungslokal die Wählerlisten aus. Eintragungsberechtigt in den bezeichneten Stellen sind natürlich nur Personen, die in dem betreffenden Bezirk wohnen. Demnach kann keine Doppel- eintragung vorkommen. Wird sie doch bewerkstelligt, so kann eine Bestrafung erfolgen wie bei einer doppelten Stimmabgabe bei einer öffentlichen Wahl. Im übrigen gelten die Vorschriften der Reichstimmordnung sinngemäß. Demzufolge muß jede Person, die sich eintragen will, persönlich zur Eintragungsstelle kommen. Eine Vertretung oder Bevollmächtigung ist ausgeschlossen. Gebrechliche oder des Schreibens unfähige Personen können eine Stütze oder einen Vertreter mitbringen, der in An- wesenheit des Auftraggebers den Namen einzeichnet. Die Eintragungslisten enthalten Familienname und Vorname, Stand oder Beruf, Wohnung. Die Eintragungsarbeit ist also auf das äußerste beschränkt.

Stadtkreis Stendal.

In der Ortsauschussitzung des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes gab Treumann den Geschäftsbericht und den Bericht über die Arbeiten der Gewerkschaftshauskommission. Zusammenfassend konnte festgestellt werden, daß es trotz harten Kampfes, der durch die Unternehmer und ihre Handlanger gegen die Organisationen geführt wird, gelungen ist, die innere Festigkeit wiederherzustellen. Den Kassenbericht gab Wegener. Die Kassenverhältnisse können als gut bezeichnet werden. In der Aussprache wurde die Tätigkeit des Vorstandes anerkannt. Einige Gewerkschaften haben die Gewerkschaftshausbeiträge noch nicht abgeführt. Gädike und andre wünschten die Errichtung eines Arbeitersekretariats. Ein Antrag wegen Leistung der Extra- beiträge bei Streik oder Aussperrung wird dem Vorstand über- wiesen. Die Neuwahl des Vorstandes wird zurückgestellt. Zum Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes Stendal werden die Kan- didaten aufgestellt aus den Reihen der Ausschussmitglieder.

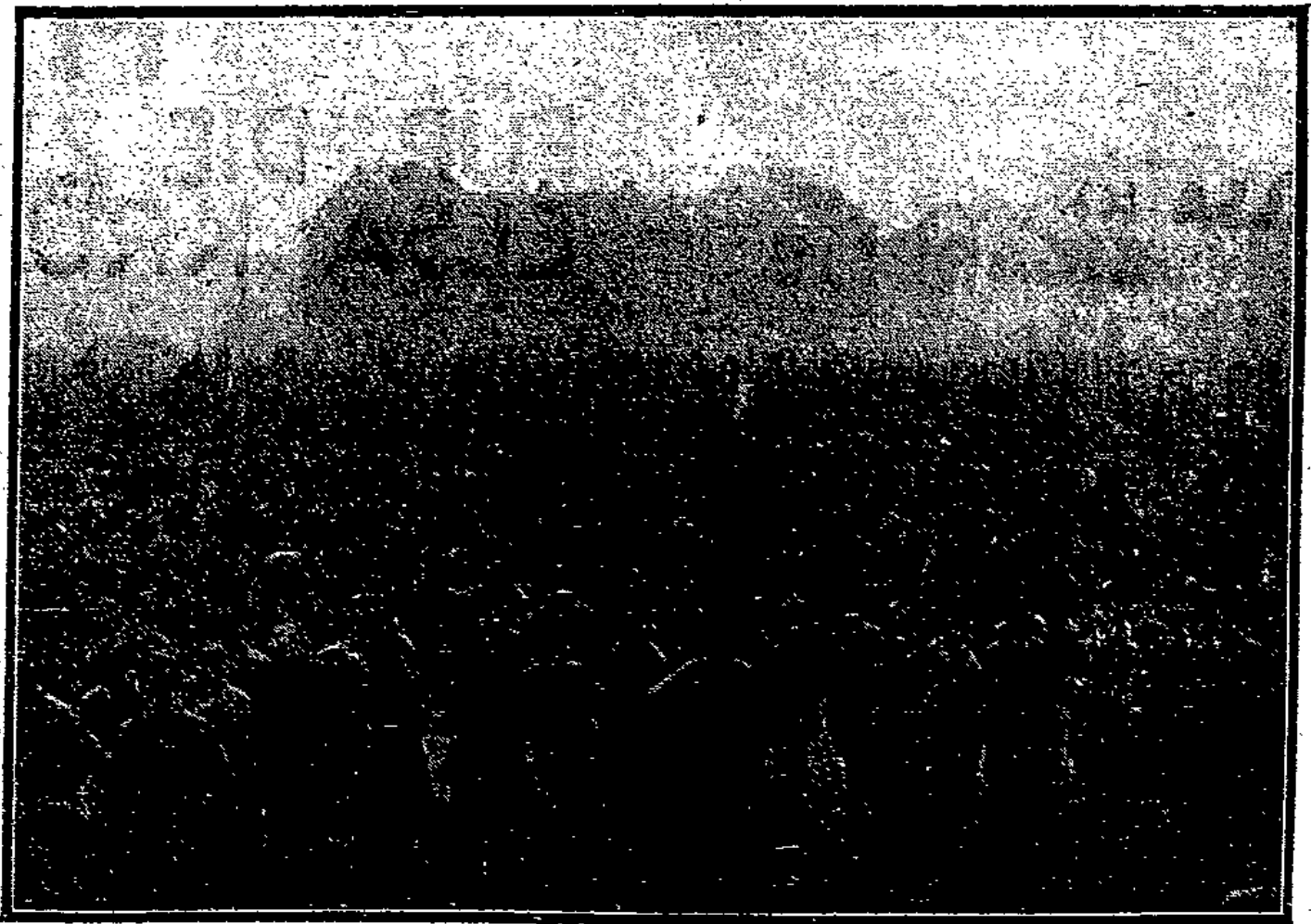
Oeffentliche Versammlung des Vereins der Freidenker für Feuerbestattung heute (Mittwoch) abends 8 Uhr im „Odeum“. Thema: „Kirche und Arbeiterchaft“. Referent: Genosse Reus (Weslan), Landtagspräsident. Die Geistlichen und Lehrer sind zur Aussprache eingeladen.

Eine Antwort. Auf die Beschwerde des Parteisekretariats beim Landrat in Osterburg gegen den Gemeindevorsteher in Lohne, der die Annahme einer Sendung Eintragungslisten für das Volksbegehren verweigert hatte, ist nun eine Antwort ein- gegangen. Der Landrat von Osterburg hat noch keine amtliche

Landrat angewiesen werden muß, alle Briefe, die freigemacht sind — der fragliche war es — anzunehmen, ist bezeichnend. Ein sozialdemokratischer Gemeindevorsteher, das können wir ruhig behaupten, bedarf einer solchen Belehrung von oben nicht. Also wir haben eine Antwort und werden sehen, was der der Belehrung bedürftige Gemeindevorsteher in Lohne (Kreis Osterburg) nun macht, wenn er die zweite Sendung von den Sozis bekommt.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. In der Mit- gliederversammlung erstattete Engel den Kartellbericht. Walther sprach zum bevorstehenden Volksbegehren und Volksentscheid gegen Fürstenübermut und Fürstenhabsucht. Ist auch die Durchführung des Abwehrkampfes eine rein politische Angelegenheit, so sind die Gewerkschaften doch fest entschlossen, diesem Generalangriff mit aller Kraft entgegenzutreten, um den Sieg mit herbeizuführen. Freude erstattete Bericht von der Konferenz in Leipzig. Auf der Konferenz wurde der Nachweis erbracht, daß reine Regiebetriebe billiger und besser produzieren als gemischtwirtschaftliche Werke. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, mit aller Energie dahin zu arbeiten, daß sich die Vertreter unserer politischen Parteien bei Verhandlungen und Abschlüssen, die eine Veränderung am Besitz öffentlich-rechtlicher Einrichtungen betreffen, mit unserer Organi- sation in Verbindung setzen, damit in solchen Fragen nicht nur kommunalpolitische, sondern auch arbeitsrechtliche Lösungen ge- funden werden, die dem Allgemeininteresse entsprechen.

Die Schilbknappen der Milliardenräuber. Die deutschnatio- nale „Lagezeitung“ bringt einen von Wut frohenden Artikel mit der Ueberschrift: „Augen auf!“ Es heißt darin: Am Sonntag haben sich in Hamburg Laufende bis auf die Haut durchregnen lassen, um die Reden vor allem gegen den „Standal“ Fürsten- forderungen entgegenzunehmen. Unsicher sind sich die Sozis und Volkshemiten ihres Sieges nicht ganz sicher, sie gehen deshalb auf die Dörfer und wollen die dummen Bauern auch für ihren Volksentscheid einfangen, sie versenden Eintragungslisten mit fol- gendem Anschreiben: (Es folgt dann das Anschreiben, das den Eintragungslisten an die Gemeindebehörden beigelegt ist.) Es kann sie nur ein Gemeinde- oder Ortsvorsteher in den Besitz des Schreibens gesetzt haben, durch Mißbrauch seiner amtlichen Stellung. Und dann geht es weiter im Lobhuchtsanfall: Frechheit oder Dummheit ist es, was die Sozis da machen, sie wollen ihr rotes Parteipfüpplein hoch, Nutznießer der Revolution, Verewi-



Der Massenaufrmarsch der Republikaner.

zung der Schweinewirtschaft usw. Keiner darf der S. P. D. und R. P. D. an den Reim kriechen, auch darf nicht vergessen werden, daß mit der Enteignung der Fürsten begonnen und über die der Kirche das gesamte Privatvermögen von den Noten enteignet wird. Dann heißt es wörtlich am Schlusse: Darauf gibt es nur eine Antwort, die nicht mißzuverstehen ist und seit Goethes Göt von Verdingungen sogar den Vorzug hat, klaffisch genannt zu werden. — Die Trabanten der Monarchisten, die Reute, die das Vaterland immer im Munde führt und Vaterlands- und Volkseigentum den besetzten Komarchen und ihren Stiefelbsten zu ihrem hin-

zunächst auszubauende Strecke ist 3 Kilometer lang und soll von der Unterpree nach den Weichsen führen. Wenn auch für den West-Ost-Verkehr zunächst der Zeltomfanal in Frage kommt, so würde die neue Großschiffahrtstraße durch das Stadtkinnere zweifellos eine Belebung des Schiffahrtsverkehrs bringen. Ein weiteres großes Kanalprojekt der Stadt Berlin ist ebenfalls in Vorbereitung, und zwar der Bau des Nordkanals, der vom Nord- ende des Tegeler Sees aus die nördlichen Vororte Berlins mit- einander verbindet und schließlich im Südosten bei Köpenick in die Spree einfließt.

Der Frauenmord in Gannover. Zu dem Mord in der Anbräuterei ist noch mitzuteilen, daß es sich bei der Geübten um die 40jährige Anna Schwedter, geborne Wolf, handelt, die der Polizei seit längerer Zeit bekannt ist. Der Täter Besche war mit der Schwedter in Differenzen geraten und hat, in der Furcht, daß sie Väter schlagen würde, wodurch seine noch im Geschäft tätigen Eltern aufmerksam würden, der im Bette Liegenden durch zwei Hammerschläge auf den Hinterkopf den Schädel zertrümmert. Beim Zerstückeln der Leiche wurde er dann von seinem aufmerksam gewordenen Vater überrascht, der seinen Sohn der Polizei übergab. Besche jun. will, da er vorher mit der Schwedter Wein getrunken, in großer Erregung gehandelt haben.

Die heilige Exzitation. In der Reisebeschreibung „Als Wirtschaftspionier in Rußisch-Asien“ des deutschen Wirtschaftsrates Dr. Rudolf Santis befindet sich folgende Tagebuchaufzeichnung: „3. August bis 9. August 1923 in Unga (Hauptstadt der Mongolei). Während der ersten drei Tage regnet es dauernd. Die Straßen der Stadt sind zu breiten, überfließenden Morast geworden. Besonders trägt zu der schlechten Beschaffenheit der Straßen eine mongolische Sitte bei, welche die Stadt als eine der unreinlichsten der Welt erscheinen läßt. Die Gründe dafür sind originell und höchlich zugleich: Mongolen und Mongolinnen verrichten ihr „großes und kleines Geschäft“ auf Straßen und Plätzen der Stadt mitten im Verkehr, ohne jede Befangenheit, wie sie das von ihren Pferden und Hunden kennen. Es gilt nicht als unanständig — es ist lediglich ein ganz natürlicher Vorgang! In ihren langen Gewändern und den vorn mit einer Querklappe zu öffnenden Hoseln, die von Männern und Frauen gleichmäßig getragen werden, machen es die Leute aber auch so dezent, daß ein züchtiges Auge durch den Anblick nackter Körperteile nicht verletzt wird. Den russischen amtlichen Vertretern wurde dies zu bunt, sie forderten deshalb in einer Bekanntmachung, daß wenigstens die Hauptstraßen und Plätze verschont bleiben. Resultat: ein öffentlich bekanntgegebenes Uras des Bogda Chan oder Chutiktu, des lebenden Gottes der Mongolen: die russischen Regierungsvertreter hätten kein Recht, an „alle geheiligte Bräuche der Mongolen“ zu rühren. Also werden Straßen und Plätze in üblicher und geheiligter Form weiterhin als Hofort benutzt. Die Befangenheit geht übrigens so weit, daß Männer stehen bleiben, wenn Frauen sich zu dem defizienten Geschäft niederhocken, ja sie setzen ruhig ihre Unterhaltung fort und umgekehrt. Auch vorübergehende Europäer hören sie nicht, Meier und Wagen biegen den also beschäftigten Leuten in zarter Rücksicht aus.“

Die geschiedene Frau. Die englische Gräfin Cathcart, die man 2 Wochen lang auf der berühmten Einwanderrinsel Ellis Island in einem zellenartigen Raum interniert hatte, weil sie auf dem Fragebogen, der den in Amerika Ankommenden vorgelegt wird, wahrheitsgemäß angegeben hat, daß sie eine geschiedene Frau ist, erhielt am Dienstag endlich die Erlaubnis, Ellis Island gegen Bürgschaft zu verlassen. Der Fall Cathcart hat unterdessen in der ganzen Welt viel Staub aufgewirbelt. Zahlreiche Frauenorganisationen haben sich für die Gräfin eingesetzt, amerikanische und englische Zeitungen haben täglich Dutzende von Spalten mit dieser blamablen Affäre gefüllt.

Der Verkauf der russischen Kronjuwelen. Eine Gruppe französischer Juweliere unter Führung von F. Friedmann hat einen Teil der russischen Kronjuwelen erworben. Unter den angekauften Edelsteinen befinden sich die Diamantkrone der letzten Zarin, verschiedene Kränze, sowie 54 000 Karat einzelne Diamanten und je 10 000 Karat Smaragde und Saphire. Der Kaufpreis beträgt 608 000 Pfund (12 Millionen Mark) und ist 28 000 Pfund höher als das englisch-amerikanische Angebot. Man rechnet damit, daß die Krone auszubereiten werden muß, falls sich nicht ein einziger über genügendes Kapital verfügender Käufer findet.

Ein Erholungsheim niedergebrannt. Durch ein Feuer, das innerhalb einer Stunde das dreistöckige Wintererholungsheim bei Harleyville (Amerika) zerstörte, kamen 7 Personen ums Leben, 26 wurden verletzt, darunter mehrere schwer. Viele von den im Schlaf liegenden Gästen wurden von den Flammen überrascht und beim Heranspringen aus den Fenstern verletzt.

Mit Tote durch Explosionen. Einem Funkpruch zufolge explodierte in Cadix in einem Marinelaboratorium eine Granate. Vier in dem Laboratorium befindliche Arbeiter wurden sofort getötet, während mehrere andere Personen durch Spengststücke Verletzungen erlitten. — Eine schwere Explosion ereignete sich in Bigo (Spanien) an Bord eines Fischdampfers. Infolge Ueberheizung explodierte ein Kessel. Von den in der Nähe des Kessels beschäftigten Personen wurden vier getötet und sechs teilweise schwer verletzt.

Im Urwaldbrand. Die australischen „Buschfeuer“, die jetzt wieder so gewaltige Verheerungen angerichtet und zahlreiche Menschenopfer gefordert haben, gehören zu den furchtbarsten Gefahren, die dem Ansiedler im Urwald drohen. Die Kraft des Menschen ist nicht imstande, diesem Wüten der Elemente Einhalt zu tun, und meistens kann nur das Umschlagen des Windes, das Eintreten des Regens Rettung bringen. Trotzdem nehmen die Farmer mit der Kraft der Verzweiflung den Kampf mit den Feuermassen auf, und auch diesmal wieder sind Geldelaten vollbrannt worden. Eine anschauliche Schilderung gibt ein Teilnehmer an den Rettungsarbeiten bei einem solchen Buschbrand in einem Londoner Blatt: „Die Schreckensnachricht kommt in den ersten Stunden des frühen Morgens. Aufschlapper; eine heisere Stimme schreit: „Der Busch brennt!“ Der Feuerfarn von zwei frischen Pferden gezogen, jagt nach der angegebenen Richtung, wir folgen auf den Pferden. Überall im Norden ist der Himmel glührot. Ein Streifen brennender Baumrinde, vom Winde fortgetrieben, jagelt über uns hoch durch die Luft; er fängt sich in den Zweigen eines Gummibaumes, und in ein paar Sekunden ist der Baum eine flammende Fackel. Wir machen uns daran, die umstehenden Bäume und das Buschwerk niederzubauen. Plötzlich fühle ich, wie meine Stiefelsohlen glühen. Das Feuer züngelt um uns wie schnellende Schlangen und springt aus dem dichten Busch empor. Da hat man keine Zeit, sich an diesem grandiosen Schauspiel zu weiden, da heißt es arbeiten, arbeiten, arbeiten. Alle drei Minuten kommt ein Mädchen mit einer nassen Mat und einer Flasche kalten Tees. Man wechselt das Werkzeug, dann ein Schluß, und weiter, immer weiter. Die Sonne steht bereits hoch am Himmel, aber ich kann die Gesichter derer, die um mich sind, nicht sehen, so dicht ist der Rauch. Nur wenn man ganz nahe an den andern herantritt, sieht man die löffel schwarzen Züge mit den hochgeröteten Augen und den offenen Mündern, die nach Luft schnappen. Immerfort werden wir von dem vordrängenden Feuer zurückgetrieben. Der glühend heiße Wind treibt die feurige Lohse über uns Köpfe, so daß die Haare abgefangt werden. Ein großer Streifen Baumrinde wirbelt über uns und steckt hinter uns den Busch in Brand. Wir sind von den Flammen umzingelt und brechen uns mühsam Bahn durch die Flammenmauer. Da ist nichts mehr zu retten, wir müssen flüchten. Zu Mittag kämpfen wir schon für eine Anstehlung, die 5 Kilometer dahinterliegt, und wir werden wieder vertrieben. Am Nachmittag kämpfen wir für unsere eigene Farm, und wissen doch ganz genau, daß auch sie dem Untergang geweiht ist. Aber der Buschmann schießt gegen das Feuer bis zum letzten Atemzuge und hofft. . . . Da endlich — die Rettung durch ein Wunder! Der Wind hat sich gedreht; es wird empfindlich kalt; wir zittern vor Kälte, wo wir eben noch glühten, langsam bricht das Feuer in sich zusammen. Nun heißt's wieder aufbauen!“

Aus der Arbeiterfängerbewegung.

Staatliche Fortbildungskurse für Chordirigenten.
Das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung beabsichtigt, auch im Jahre 1926 Fortbildungskurse für Chordirigenten in verschiedenen Städten des Landes stattfinden zu lassen. Zum kommenden Frühjahr sind in folgenden Städten Kurse von sechswöchiger Dauer geplant: In Halle vom 12. bis 17. April, in Dorim und vom 26. April bis 1. Mai, in Saarbrücken vom 8. bis 8. Mai. Als Lehrkräfte sind wie bisher hervorragende Musikpädagogen und Wissenschaftler verpflichtet worden. Für jeden Kursus ist die Zulassung von 25 Kursteilnehmern aus dem Arbeiterfängerbund vorgesehen.

Die Teilnahme an den Kursen ist unentgeltlich. Als Entschädigung für Reise und Unterhaltungslosten gewährt der Bund 10 Mark pro Tag und Fahrgehalt 3. Klasse für jeden Teilnehmer. Die an den Orten der Veranstaltungen wohnenden Teilnehmer erhalten die Hälfte.
Chorbriganten unserer Bundeszweige, die über die notwendigen Vorkenntnisse und über einen entsprechenden Tätigkeitsbereich verfügen, werden hiermit ersucht, ihre Bewerbungen einzuwickeln. Für den Bezirk Magdeburg an W. Kautz, Magdeburg-S., Kurfürstenstraße 18, oder an die Ganleitung, Oskar Döfler, Halle a. d. Saale, Kl. Klausstraße 7.
Da die Teilnehmerliste am 25. März geschlossen wird, bitten wir, die Bewerbungen bis 20. März an obenstehende Adressen einzureichen. Unsere Unterbezirksleiter und Vereinsvorsitzenden ersuchen wir, für weitestgehende Bekannmachung an unsere Chorleiter zu sorgen.
Am Sonnabend den 27. Februar findet eine Bezirksleiter-Konferenz statt. Am Sonntag den 28. Februar tagt die diesjährige Gau- und Generalversammlung. Tagung: Kristallpalast, Magdeburg. Mitglieder als Gäste herzlich willkommen.
Der Bezirksvorstand.

Eingefandt.

Ihre diese Arbeit übernimmt die Redaktion dem Subskribenten gegenüber keine Verantwortung.
Bereinigung deutscher Arbeiter-Stenographenverbände.

Die Wogen des Kampfes um den „Zustimmung“ als Einheitskurzschrift, die noch vor wenigen Monaten turmhoch schlugen, glätten sich. Sie lassen auf der einen Seite den starrten Willen der Ablehnung, auf der andern Seite den der Durchsetzung um jeden Preis zurück. Auch die Stenographiefunktionen aller Systeme in der Arbeiter-Schaft erörterten lebhaft das Für und Wider. Der Erfolg dieser Auseinandersetzung ist die endliche Vereinigung der Arbeiter-Stenographenverbände, nicht, um die neue Reichskurzschrift auszusprechen, sondern um mit ihr auf gemeinsamer Grundlage den Weg zu bahnen, der zu einer dem Kulturfortschritt dienenden Volkskurzschrift führt. Kommende Ostern treffen sich alle zur Vereinigung bereiten Arbeiter-Stenographen in Magdeburg, um in öffentlicher Tagung die nächsten Richtlinien zur Erreichung des Zieles festzulegen. Wir richten aus diesem Anlaß an unsere Volksgenossinnen und -genossen, ganz gleich, ob sie ein System und welches System sie bevorzugen, das Ersuchen, durch ihren Beitritt in den neuen Deutschen Arbeiter-Stenographenverband diese Aufgabe zu unterstützen. In diesen Städten Deutschlands wird der Verband Ortsvereine besitzen, wo in mustergetreuer Anfänger- und Fortbildungskursen sich alle in jedem System aus- und weiterbilden können. Wo keine Ortsvereine bestehen, werden durch brieflichen Unterricht der korrespondierenden Mitgliedschaften gleichwertige Kurse abgehalten. Neben einer in Buchdruck erscheinenden Verbandszeitung geben die im Verband vertretenen Systemvereinigungen noch stenographische Beilagen heraus, die alles Wissenswerte auf stenographischem Gebiet bringen werden. Anmeldungen nehmen die unterzeichneten Organisationsführer entgegen.

- Arbeiter-Stenographenverband Stolze-Schreh.
- Deutscher Arbeiter-Stenographenbund.
- Allgemeiner Arbeiter-Stenographenbund (Inter-systemal).
- Arbeiter-Stenographenverband für Nationalstenographie.

Briefkasten.

Dr. Friese. Der Nachruf sowie der letzte Bericht können beide nicht veröffentlicht werden, da der Ort nicht angegeben ist und auf den Briefumschlag bei den Marken der Postpoststempel unleserlich war.

Reinschäden, alte Wunden heilt die bewährte **Kirsau-Salbe** 1.50 2.00
Pos-Apothek Magdeburg, Breiter Weg 158.



20 000 MARK
FÜR DIE ZWEI SCHÖNSTEN
ELSA KRÜGER-BILDER!

Jeder Schachtel der beliebten **Elsa Krüger-Zigaretten** liegt ein Bildchen der Künstlerin bei, die der Zigarette den Namen gegeben hat.

Zusammen sind es 100 verschiedene Bildchen, die wegen ihrer Schönheit Aufsehen erregen und in ganz Deutschland viele Tausende eifrige Sammler gefunden haben.

Aus diesen Bildchen sollen Sie nun 2 auswählen, die Sie für die schönsten halten. Legen Sie diese beiden Bildchen in einen Briefumschlag, auf dessen Rückseite Sie deutlich Ihren genauen Namen und Adresse vermerken müssen, und senden Sie den Umschlag als Drucksache, unverschlossen und mit 3 Pfg. frankiert bis 30. April 1926 an uns ein.

Wir verteilen die zwanzigtausend Mark

zugleichen Teilen an die Einsender desjenigen Bilderpaares, das am Schluß des Wettbewerbes die meisten Stimmen auf sich vereinigt.

Die Feststellung der Preisträger, deren Namen von uns veröffentlicht werden, erfolgt im Beisein eines Notars.

Ungenügend frankierte und verspätet eingehende Sendungen werden nicht angenommen.

Georg A. Jasmatzi Aktiengesellschaft,
Dresden-A. 21

Wochenmarkt im Regen. Trotz des unerschütterlich feindlichen Regens entsprach die Beschäftigung des Mittwochmarktes der an anderen Markttagen. Es gab auf dem Gemüsemarkt in erster Linie Blumenkohl zu billigen Preisen. Man konnte 3, 4 oder 5 Köpfe für 1 Mark ausfinden. Weißkohl kostete 10 Pf., Rotkohl 18 Pf., Wirsingkohl 15 Pf., Grünkohl 25 Pf., Rosenkohl 45 Pf., das Pfund. Für Spinat wurden 20 Pf., für Mohrrüben 15 Pf., für Kohlrüben 10 Pf., das Pfund verlangt. Apfelsinen wurden einzeln bis zu 10 Pf., 25 Stück für 1 Mark angeboten. Bananen kosteten das Pfund 55 Pf., Feigen 35 Pf. — Auf dem Fischmarkt waren die Preise unverändert. Auf dem Fleischmarkt waren die Preise unverändert und wurden wieder mit 18 bis 15 Pf. feilgehalten. Butter kostete das Stück 1,05 bis 1,15 Mark.

Störungen im Rundfunk. In letzter Zeit mehren sich wieder die Klagen über Störungen des Unterhaltungsrundfunks durch Telegraphierender, insbesondere durch diejenigen des Seesunddienstes. Die Post, die die Frage des störungsfreien Nebeneinanderarbeitens der einzelnen Rundfunkdienste schon seit jeher beschäftigt, hat zur Beseitigung der Störungen vor Jahresfrist eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet, wodurch die Verhältnisse zweifellos bereits eine gewisse Besserung erfahren haben, zum wenigsten, soweit deutsche Sender beteiligt waren. Die Schwierigkeiten liegen in der Hauptsache darin, daß organisierte Maßnahmen allein nicht zum Ziele führen, daß vielmehr technische Maßnahmen mit jenen Hand in Hand gehen müssen. Diese aber, insbesondere z. B. die Veränderung der technischen Einrichtungen an Bord der deutschen Schiffe, erfordern erhebliche Geldmittel, die nur nach und nach aufzubringen sind, und außerdem Zeit. Den Rundfunkteilnehmern, die auf den allgemein verwendeten Rundfunkwellen keinen guten Empfang erzielen können, empfehlen wir daher, ihr Gerät auf die Königswusterhauser Rundfunkwellen 1300 Meter einzustellen. Auf dieser Welle werden bis auf weiteres dauernd die im allgemeinen um 8 Uhr 30 Minuten beginnenden Abendveranstaltungen des Berliner Unterhaltungsrundfunks, einschließlich der Übermittlung der Tagesnachrichten, etwaiger besonderer Beiträge und sonstiger Darbietungen der „Deutschen Welle“ verbreitet. Technische Schwierigkeiten für den Empfang auf 1300 Meter bestehen nicht, weil genügend neue Geräte für diese Wellenlänge zu haben sind und auch die Ergänzung der vorhandenen, für 300 bis 500 Meter gebauten Empfänger weder schwierig noch kostspielig ist.

Postsendungen mit ungenügender Anschrift. Mängel in der Anschrift von Postsendungen, namentlich das Fehlen von Straße und Hausnummer sowie Nummer der Zustellpostanstalt bei Sendungen nach Großstädten, wie Berlin, Breslau, Dresden, Hamburg, München, wirken für Post und Publikum außerordentlich nachteilig. Briefsendungen nach großen Orten, die keine Straße und Hausnummer tragen, zählen bei jeder größeren Zustellpostanstalt täglich nach Tausenden. Man stelle sich vor, welche ungeheure Mühe und welchen Aufwand an Zeit und Kosten es bei der Post erfordert, täglich solche Massen von Sendungen durch Benutzung von Nachschlagewerken aller Art unterzubringen. In der Regel tritt dadurch noch eine Verzögerung in der Zustellung solcher Sendungen ein. Abhilfe kann der Absender schaffen, wenn er bei Postsendungen namentlich nach großen Orten, stets die genaue Wohnungsangabe des Empfängers hinzufügt. Zur Erzielung vollständiger Aufschriften kann jedermann viel beitragen, wenn er bei den von ihm ausgehenden Postsendungen auf den Briefbogen, Briefumschlägen, Rechnungen usw. stets der Ortsangabe seine Straße und Hausnummer hinzufügt. Werden diese oft wiederholten Hinweise von den Postbeamten nicht beherzigt, so wird man es der Reichspost nicht verübeln können, wenn sie die ihr meist durch Gedankenlosigkeit und Gleichgültigkeit entstehenden, die Allgemeinheit belästigenden Kosten durch Erhebung einer besonderen Gebühr auf die Schuldern derjenigen abbürdet, die jene unnötige Arbeit verursachen.

Aus Arbeitslosigkeit Lebensmüde. Am Dienstag nachmittag verjuchte sich der Arbeiter Alexander N., wohnhaft Waghackstraße 12, durch Trinken von Salzsäure das Leben zu nehmen. In bestimmungslosem Zustand wurde der Lebensmüde dem Krankenhaus Miltzberg zugeführt. Als Grund zur Tat wird lang andauernde Arbeitslosigkeit angenommen.

Vereins-Kalender.

Wird nur gegen Vorauszahlung, die Seite 80 Pfennig, aufgenommen. **Magdeburger Volkshochschule.** Mittwoch den 10. März, abends 8 1/2 Uhr, in der Aula des ersten Werks, 8. Volkshochschultrakt der Gegenwart (Wiberg), 4. Versammlung. **Reichsbund der Kriegsbekämpften.** **St. Nikolai-Geb.** Am Sonnabend den 27. Februar, abends 8 Uhr, Kapellensaal im „Arztshof“. Mitglieder und Gönner des Bundes herzlich willkommen.

Wasserstände.

Ort	Stg.	Stg.	Stg.	Stg.
Himbürg	28. 2. + 1,08	—	—	—
Brandenburg	+ 2,10	0,01	—	—
Meinitz	+ 2,24	0,16	—	—
Leitmeritz	+ 2,45	0,45	—	—
Wittichenau	+ 3,12	0,41	—	—
Dresden	+ 3,12	0,40	—	—
Torgau	+ 4,23	0,38	—	—
Wittenberg	+ 3,05	—	—	—
Hörsing	+ 3,46	0,38	—	—
Alten	—	—	—	—
Barby	+ 3,70	0,35	—	—
Magdeburg	+ 2,88	0,37	—	—
Zangermhöhe	+ 3,44	0,18	—	—
Wittenberge	+ 3,07	0,08	—	—
Yenzen	—	—	—	—
Dömitz	+ 2,58	—	—	—
Dalchau	—	—	—	—
Wolzenburg	—	—	—	—
Hörsing	+ 2,63	—	—	—

Wetterbericht. (Nachdruck verboten.)

Die gestern über den Niederlanden liegende Störung hat Mitteldeutschland gestern in den Abendstunden mit anhaltenden Niederschlägen überzogen. Sie liegt heute morgen nördlich über und Ostdeutschland, bringt aber noch immer leichten Regen hervor. Einzelne weitere Störungen folgen noch nach, doch werden sie an Umfang und Energie immer geringer, so daß bei der fortwährenden Zunahme des Luftdruckes ihre Auswirkung auf unser Wetter mehr und mehr abnehmen wird. Die Umstellung des Wetters zu einem beständigeren Charakter macht nur langsame Fortschritte, ist aber in der Druckentwicklung deutlich zu erkennen.

Aussichten für Donnerstag: Beginnendes Aufklaren, ruhige, feine oder nur unbedeutende Niederschläge, im ganzen mild.

Warenmärkte.

Magdeburger Viehmarkt.

Magdeburg, 23. Februar. Auf dem hiesigen Schlacht- und Viehmarkt wurden aufgetrieben: 788 Rinder, und zwar 104 Ochsen, 187 Bullen, 542 Färsen und Kühe, 51 Ferkel, 677 Kalber, 602 Schafe usw., 3689 Schweine. Bezahlt für 1 Pfund Lebendgewicht in Preußen.

Art	Preis
a) vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwerts, die noch nicht gezeugt haben (ungefähr)	48-48
b) vollfleischige, ausgewachsene im Alter von 4 bis 7 Jahren	37-42
c) junge fleischige, nicht ausgewachsene und ältere ausgewachsene	30-38
d) mäßig genährte junge und gut genährte ältere	25-28
B. Bullen.	
a) vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwerts	45-51
b) vollfleischige, jüngere	40-44
c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere	31-37
C. Färsen und Kühe.	
a) vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwerts	43-50
b) vollfleischige, ausgewachsene Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren	38-45
c) jüngere Kühe und Färsen	28-37
d) mäßig genährte Kühe und Färsen	25-28
e) gering genährte Kühe und Färsen	18-22
D. Gering genährtes Jungvieh (Ferkel).	29-40
Gut genährte Ferkel über 100 Pfund	—
2. Kalber.	
a) Doppellender feinsten Mast	—
b) feinsten Mastkalber	55-63
c) mittlere Mast- und beste Saugkalber	45-54
d) geringere Mast- und gute Saugkalber	35-44
e) geringere Saugkalber	25-33
3. Schafe. A. Stallmastschafe.	
a) Mastlämmer und jüngere Mastlämmer	38-42
b) ältere Mastlämmer, geringe Mastlämmer u. gut genährte junge Schafe	30-37
c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Wergschafe)	28-29
4. Schweine.	
a) Fetttschweine über 150 kg (3 Jentner) Lebendgewicht	78-82
b) vollfleischige von 120 bis 150 kg (240 bis 300 Pfd.) Lebendgewicht	78-80
c) vollfleischige von 100 bis 120 kg (200 bis 240 Pfd.) Lebendgewicht	74-78
d) vollfleischige von 80 bis 100 kg (160 bis 200 Pfd.) Lebendgewicht	70-78
e) vollfleischige unter 80 kg (160 Pfd.) Lebendgewicht	65-68
f) unzeine Säuen	65-78
g) geschlächte Eber	—

Verkauf und Tendenz: Sehr langsam. Ueberstand: 15 Rinder, 2 Kalber, 70 Schafe, 200 Schweine. Die Preise sind Marktpreise für mäßig genutzte Tiere und schließen sämtliche Kosten des Handels ab. Stall für Ferkel, Mast- und Verkaufsschweine, Umfahrgewicht sowie den natürlichen Gewichtszuwachs ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Magdeburger Zuckerbörse vom 23. Februar. Der Preis für Weißzucker (einjährl. Saft und Verbrauchssteuer) beträgt für 50 Kilogramm netto ab Verladeestelle Magdeburg und Umgebung bei Regen von mindestens 200 Zentnern bei prompter Befreiung innerhalb 10 Tagen 25,25-26,25, bei Befreiung per März 26,50 Mk. für gemahlene Melis. Tendenz: still.

Kotierungen in Kolonialwaren.

Gemäß der Verzehrsliste an der heutigen Börse in der Handelskammer zu Magdeburg wurden in Kolonialwaren und Landesprodukten folgende Preise festgestellt und Großhandel ermittelt:

Ware	Preis
Milchfabrikate:	
Verfeinertes, lose	18,50-20,00
Käseflöckchen	18,50-19,00
Käseflöckchen	19,50
Verfeinertes	20,50-21,00
Verfeinertes	22,75-24,75
Verfeinertes	19,50-19,50
Verfeinertes	26,50-26,50
Verfeinertes	40,00-40,00
Verfeinertes	17,00-18,50
Hilfsstoffe:	
Bohnen	13,00-19,50
Erbsen, geschälte	15,00-27,00
Erbsen, ungeschälte	20,00-40,00
Reis:	
Reis	15,50-16,50
Reis	18,50-19,50
Reis	18,50-19,50
Getreide:	
Weizen	36,50-38,00
Roggen	30,00-37,00
Hafer	31,00-40,00
Saatweizen	89,00-89,00
Waldweizen	190,00-205,00
Waldweizen, bittere	212,00-220,00
Öle:	
Speiseöl	150,00-160,00
Speiseöl	205,00
Speiseöl	104,00-110,00

Magdeburger Produkten-Börse vom 23. Februar. Die Preise verziehen sich in Reichsmark. Weizen 12,30-12,40, Tendenz still. Roggen 7,50-7,70, Tendenz ruhig. Sommergerste 9,00-9,25, Tendenz still. Wintergerste 8,75-9,00, Tendenz still. Hafer 9,25-9,35, Tendenz ruhig. Mais 9,00-9,30, Tendenz still. Viktoriaerbsen 18,50-19,50, Tendenz still. Alles für 50 Kilogramm netto ab Magdeburg oder benachbarter Stationen bei Rabatten von 800 Ztr. Weizenmehl 21,75-22,75, Tendenz ruhig. Roggenmehl 22,00-23,50, Tendenz ruhig. Alles für 100 Kilogramm einschließlich Saft. Roggenkleie 6,00-6,25, Tendenz ruhig. Roggenkleie 4,90-5,15, Tendenz ruhig. Alles für 50 Kilogramm ab Verladezeitung.

Telegraphische Auszahlungen.

Stadt	21. Februar	22. Februar
Amsterdam-Rotterdam	100 Gulden 108,01	108,48
Buenos Aires	100 Papierpeso 1,711	1,716
Brüssel-Antwerpen	100 Francs 19,075	19,115
Danzig	100 Gulden 80,88	81,08
Hankow	100 Kronen 90,49	90,71
Konstantinopel	100 Kronen 108,96	108,24
London	100 Kronen 112,23	112,61
Lyons	100 Kronen 10,551	10,591
Madrid	100 Kronen 16,86	16,88
Paris	100 Kronen 20,400	20,452
Reims	100 Kronen 4,195	4,205
Sankt Petersburg	100 Kronen 15,115	15,155
Schweden	100 Kronen 80,74	80,72
Warschau	100 Kronen 59,11	59,10
Wien	100 Kronen 1,937	1,928
Wien	100 Kronen 0,618	0,619
Wien	100 Kronen 59,05	59,10
Wien	100 Kronen 12,419	12,416
Wien	100 Kronen 7,37	7,37
Wien	100 Kronen 5,580	5,578
Wien	100 Kronen 3,085	3,085
Wien	100 Kronen 21,245	21,245
Wien	100 Kronen 5,99	5,99
Wien	100 Kronen 2,18	2,18

Zentraltheater.

Am Sonnabend den 27. Februar, abends 7 1/2 Uhr, findet die Premiere der Operette „Fatinika“, Musik von Franz von Suppé, statt. Das Textbuch, das unter Benutzung eines älteren französischen Stoffes von Zell und Genée geschrieben worden ist, behandelt eine abenteuerliche Liebesgeschichte, die in der Zeit des russisch-türkischen Krimkrieges in den Jahren 1854 und 1855 spielt. Oberregisseur Herbert Langhoffer hat das Textbuch modernisiert und dem heutigen Geschmack angepaßt. In den Hauptrollen sind die Damen Mizzi Marx, Grete Köster, Melitta Neumann-Wittenbecher und die Herren Herbert Langhoffer, Emil Schwaib, Emmo Christ, Walter Leopold, Heinz-Joachim Langwitz, Garry Bartels und Beril Komming beschäftigt. Außerdem ist von der Direktion Sölgel für eine vorzügliche kostümliche und dekorative Ausstattung gesorgt; es hat ferner auch eine erhebliche Verstärkung des Chors zur Geltendmachung der musikalischen Qualitäten des Wertes stattgefunden. Der Vorverkauf für die Premiere ist eröffnet.

S. P. D. Schönebeck und Umgegend S. P. D.

Freitag den 26. Februar, abends 8 Uhr **Mitglieder-Versammlung** im „Stadtgarten“ (gelber Saal). Eine Magdeburger Genossin spricht über den Fürstenauszug. Wir erwarten vollständigen Besuch. Der Ortsvereinsvorstand.

Theater, Konzerte, Vorträge zc. Heinrichshagen. Ausstellung „Gemälde und Aquarelle von W. Romaf“. Geöffnet werktags von 8 1/2 bis 7 Uhr.

Jedem schmeckt

FEINKOST-MARGARINE

Blauband

FRISCH GEKIRNT

Fordern Sie die „Blauband-Woche“ zu jedem Pfund.

Deutscher Verkehrsband

Ortsverwaltung Magdeburg.

Am Sonnabend den 27. Februar 1926 im festlich decorierten großen Saale des „Konzerthauses“, Leipziger Str. 62

Winter-Vergnügen

verbunden mit humoristischem Kappensfest.

Großer Fußball sowie Auftreten der Arbeiter-Radsportgruppe Rothensee mit humoristischen Darbietungen.

Einlaß 7 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Eintrittspreise einjährl. Kartenzusage für Herren 30 Pf., für Damen 20 Pf.

Gewinnlos sind noch bis Freitag abend bei den Einlassern sowie bei den nachstehenden Bezirkskassierern zu erhalten: Altkassier: W. Pfeiffer, Kommissar 15, P. H. Alte Neustadt: S. Ziegler, Vogler Str. 73. Neue Neustadt: H. Schollmeyer, Schindler Str. 24. Wittenberg, G. Bierorte, Braumühlweg Str. 53. Wittenberg, G. Bierorte, Schindler Str. 24. Wittenberg, G. Bierorte, Schindler Str. 24. Wittenberg, G. Bierorte, Schindler Str. 24.

Zentralverband der Zimmerer Deutschl.

Zahlstelle Magdeburg und Umgegend

Sonntag den 28. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr auf der Bahnhöfliche Endenburger Wähne

Kursus für Lehrlinge und Junggefelln

in praktischer Arbeit unseres Berufs

Allen Lehrlingen und Junggefelln, welche Interesse und Lust haben, sich als tüchtiger Zimmermann weiter zu bilden, ist hiermit Gelegenheit gegeben, sich praktisch zu betätigen.

Der Vorstand.

Bau-Siedlungs-Genossenschaft Wenddorf, E. B.

Einladung

zu der am Sonntag den 7. März, abds. 7 Uhr im Kohlförderischen Lokal stattfindenden **Ordentlichen Generalversammlung**

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
2. Genehmigung der Bilanz.
3. Festsetzung der Höchstgrenze für evtl. Aufnahme von Anleihen.
4. Beschlußfassung über Änderung der Statuten Paragraphen: §§ 29, 45, 46, 47 und 48.
5. Wahl von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern.
6. Verschiedenes.

Der Vorstand, Wenddorf, E. B.

Die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung liegt gemäß § 26 unvers. Statuten zur Einsichtnahme der Genossen bis einfr. des Tages der Generalversammlung beim Genossen R. Tempelbogen, Siedlung Nr. 71, aus.

Wilhelm Buschs

jämliche Werke

auch in einzelnen Aufgäben

empfehlen

Buchhandlung Volkshimme

DIE **BILLIGSTEN** QUALITÄTS-ZIGARETTEN DER **ADLER-COMPAGNIE + A.G.**

ADLER TURF 3

ASSUH 4

MONNA VANNA 5

MAGAZIN 6

Volkshöhne Burg E. B.

Montag den 1. März 1926, abends 8 Uhr, im **Konzerthaus**

Die Geschwister

Schauspiel in 1 Akt von Goethe

Der zerbrochene Krug

Schauspiel in 1 Akt von Hebel

Eintrittspreise für Mitglieder: 1,75, 1,10 und 0,75 Mk.; für Nichtmitglieder in der Buchhandlung 2,25, 1,60 und 1,00 Mk.

Rothbücher einfaches Haushalt von 2. Markt an Buchh. Volkshimme

Bekanntmachung

Ein schwarzer Scherhund ist als ausgelassen angemeldet. — Eigentümern ersuchen sich innerhalb 3 Tagen geltend zu machen. Groß-Gölze, den 19. Februar 1926. Die Ortsverwaltung.

Ständige Eltern, die Eltern J. J. sind aus der Schule bekommen und zur Einleitung des Kindes nicht in der Lage sind, wollen sich bis spätestens 27. d. M., mittags, Nummer 4 des Postamtes melden. Groß-Gölze, den 28. Februar 1926. Der Magistrat.

Circus-Blumenfeld-Gebäude.

Das Riesen-Unternehmen

Groß-Circus

Wanderschau

Busch

Eigentümer
Direktor
J. Busch

Der Circus, wie er sein soll!
Der großzügige, moderne Circus.

Freitag den 26. Febr. abends 8 Uhr

Glänzende
Eröffnungs-
Vorstellung!

Riesen-Circus-Spielplan
von dem ein jeder sagt:

Der echte Circus
lebt noch!



Kammerlichtspiele



gibt ab Freitag
Monstre-Elitevorstellungen

So ein Zirkus war noch nicht da!

Achtung! Apollo-Lichtspiele
Donnerstag den 25. Februar bis Montag den 1. März

Freies Volk

Der Film der Republik!
Dienstags den 2. bis Donnerstag den 4. März
läuft dieser Film in den Apollo-Lichtspielen Alte Neu-
stadt, Wittenberger Straße Nr. 4.

Bereiten Sie nicht
die Anlagen der Buch-
handlung vollständig
zu befüllen.



HEIM DER P-K KAUBONBONS

An die

Detailisten der Lebensmittel- und ver-
wandten Branchen der Stadt Magdeburg!

Beachten Sie sorgfältigst die
Gutscheine der Wrigley A.-G.

P. K.
Kau-Bonbons

denn sie bedeuten bares Geld.
Wrigley A.-G., Frankfurt a. M.

Päckchen = 4 Stück = 10 Pf. Überall erhältlich

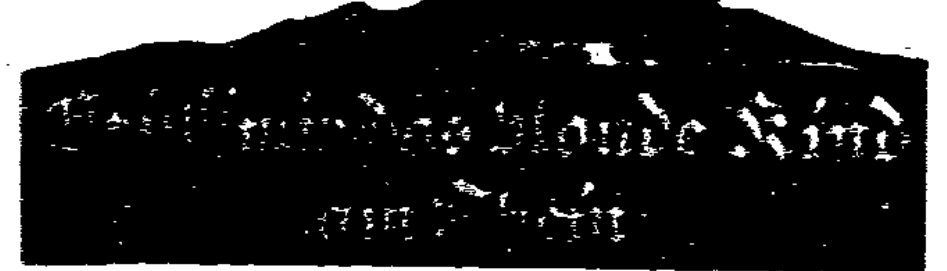


Mauersteine
Salbe, 10 Jähr., preisf. u. pol. organisi. (auch b. glückl. Familie einm. mögl. Jamm. Df. um B 528 an die Exp. d. Bl.

Berufstätiges Fräulein
mit eigenem Bett (gem. u. pol. organisi.) auch b. glückl. Familie einm. mögl. Jamm. Df. um B 528 an die Exp. d. Bl.

Ab Freitag!

Der deutsche Großfilm



wied wieder fröhliche Stimmung bringen

Sommerfänger Maxim Hoff,
der weltberühmte Tenor
singt rheinische Lieder



Heute letzter Tag
Bismarck
Der Film der Deutschen



Deulig-Palast
Schönste und vornehmste Filmbühne!

Heute nachmittag 4 Uhr
Erstaufführung

Die Mühle
von Sanssouci

Ein deutscher Film aus deutscher Geschichte.

Personen:
Friedrich der Große * * * Zieten * * * Georg John
Müller-Caspar * * * Jakob Tiedtke * * * Schwerin * * * W. Chaudon
Luise, seine Tochter * * * Anita Dorris * * * Seydlitz * * * Eg. Schnell
Der alte Dessauer * * * Ed. v Winterstein * * * Ad. Bessermann
* * * Otto Gebühr

Großes Militär-Orchester unter Leitung von
Kapellmeister Paul Wiegand.

Zentral
Heute Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Die letzte Vorstellung!
Der Tanz um die Liebe
Voranzeige!
Am Samstag den 27. Februar
7 1/2 Uhr
Premiere!
Fatinika
Musik von Franz v. Suppé.
Sonntag zwei Vorstellungen:
3 1/2 Uhr (keine Preise) und 7 1/2 Uhr.
Siebenstündiger Kartenvorverkauf!
Zentraltheater - Restaurant
Täglich großes Konzert
der Kapelle des berühmten
Geigenvirtuosen
Jean M. Neago

FÜRSTENOF-ARKADIA
Nur noch heute u. morgen, 8 Uhr
zu ermäßigten Preisen
Schauplatz 69/1 Eyersitz 85/1
Die Mühle im Edelgrund
6 Akte mit Gesang Musik von F. Salau.
Sonntag 3 1/2 Uhr Ulfenbrödel
zum letztenmal
Vorverkauf 11-12 Uhr

Städtisches Orchester.
Montag, den 1. März 1926, abends 7 1/2 Uhr
8. Sinfonie-Konzert (Abt. 8 IV)
im Stadttheater.
Situng: Generalmusikdirektor Walter Hed.
Solist: Kammermusiker Dito Robin.
Quabandor der 2. Kapellmeister Wittelschule.
Braunfels: Die Amme, für Orchester und
Ensemble.
Protoschiff: Karth aus Stebe zu den drei
Drangen.
Protoschiff: Violinlangert.
Beethoven: 5. Sinfonie.
Besondere Hauptprobe: Sonntag den 28. Fe-
bruar 1926, vorm. 11 Uhr.
Eintrittskarten bei Heinrichshofen u. 1/2 Stunde
vor Beginn an der Theaterkasse.

Achtung!
Spottbillig
700 Stück gebrauchte
Falzziegel.
In erfragen bei
Emil Emisch
Schiefer- und Ziegel-
bedermeister,
Hofstraße 1 b. Erbergstraße 13, 11.

Praktische, gebrauchte
Federbetten
Dachstuhl u. Kopf-
kissen 20 u. 25 M.
Goethestr. 37 pt.
1001. Zimmer u. Mittag-
tisch evtl. Pension 2. St.
ab 1. März 3. verm. auch
Handwerker. Meyer,
Erbergstraße 1 b. Erbergstraße 13, 11.

Nur solange der Vorrat reicht
zu dunkel gebrannter Kaffee
in Gebirgsgang 1.50 M
Kaffee geben wir bis auf weiteres als Bague
kein Gebirgsgang 1.50 M Kaffee 1.50 M Kaffee gratis
Kaffee Kiste in Qualitäts-Kaffee
3.90 3.60 4.00 4.40 M
Je entsprechende Verpackung bringen wir auch versch. Sorten
Tees sowie in Gebirgsgang in Schokolade und Bonbons.
Kaffee-Rösterei und Kaffee-Sozialgeschäft
Siedel & Waldenberg
Magdeburg

Stadttheater
Donnerstag, 25. Febr.
Abf. 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
2. Abend
Sidelis
Oper v. Berlioz
Freitag, 26. Februar
Abf. 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
1. Abend
Ein Mädchenball
Wilhelm-Theater
Offene Vorstellungen
Freitag, 26. Febr., 8 1/2 Uhr.
Schaubühne
Freitag, 26. Febr., 8 1/2 Uhr.
8 1/2 Uhr. 9 1/2 Uhr. 10 1/2 Uhr.
Schaubühne: Der Sch-
pfer.

Elektr. und Zerschneide-Kasse im
Schneidern u. Weißbrot
Hilf Frau Eichel, 12-1. Linie St. 46
Schneidern 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Elektr. und Zerschneide-Kasse im
Schneidern u. Weißbrot
Hilf Frau Eichel, 12-1. Linie St. 46
Schneidern 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.